

**No. 34223**

---

**AUSTRIA  
and  
JOINT VIENNA INSTITUTE**

**Agreement regarding the headquarters of the Joint Vienna  
Institute (with annex). Signed at Vienna on 6 March 1997**

*Authentic texts: German and English.*

*Registered by Austria on 9 December 1997.*

---

**AUTRICHE  
et  
INSTITUT CONJOINT DE VIENNE**

**Accord relatif au siège de l'Institut conjoint de Vienne (avec  
annexe). Signé à Vienne le 6 mars 1997**

*Textes authentiques : allemand et anglais.*

*Enregistré par l'Autriche le 9 décembre 1997.*

## [GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND  
DEM JOINT VIENNA INSTITUTE ÜBER DEN AMTSSITZ DES  
JOINT VIENNA INSTITUTE**

**Inhaltsverzeichnis**

Präambel	
Artikel 1	Begriffsbestimmungen
Artikel 2	Rechtspersönlichkeit
Artikel 3	Amtssitz
Artikel 4	Unverletzlichkeit des Amtssitzes
Artikel 5	Befreiung von Gerichtsbarkeit und anderen Maßnahmen
Artikel 6	Unverletzlichkeit der Archive
Artikel 7	Schutz des Amtssitzbereiches
Artikel 8	Öffentliche Leistungen im Amtssitzbereich
Artikel 9	Nachrichtenverkehr
Artikel 10	Befreiung von Steuern und Zollgebühren
Artikel 11	Finanzeinrichtungen
Artikel 12	Sozialversicherung
Artikel 13	Durchfahrt und Aufenthalt
Artikel 14	Angestellte des Instituts
Artikel 15	Mitglieder des Verwaltungsrats und ihre Stellvertreter, Mitglieder des Beratungsausschusses und der Direktor des Instituts
Artikel 16	Amtliche Besucher
Artikel 17	Notifikation von Anstellungen, Identitätsausweise
Artikel 18	Österreichische Staatsangehörige und Personen mit ständigem Wohnsitz in der Republik Österreich
Artikel 19	Zweck der Privilegien und Immunitäten
Artikel 20	Streitbeilegung
Artikel 21	Inkrafttreten
Artikel 22	Meistbegünstigung
Artikel 23	Dauer des Abkommens
Annex I	Zugang zum Arbeitsmarkt

**Präambel**

Unter Bezugnahme auf das Übereinkommen zwischen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, dem Internationalen Währungsfonds und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung über die Errichtung des Joint Vienna Institute als eine internationale Organisation;

mit der Feststellung, daß sich gemäß Artikel IV dieses Übereinkommens der Amtssitz des Instituts in Wien, Österreich, befindet;

im Bestreben, den Status sowie die Privilegien und Immunitäten des Instituts in der Republik Österreich festzulegen und dem Institut die Wahrnehmung seiner Aufgaben und Funktionen zu ermöglichen;

in Anbetracht der Unterstützung für den Aufbau und Betrieb des Instituts durch die Republik Österreich;

sind die Republik Österreich und das Joint Vienna Institute wie folgt übereingekommen:

## Artikel 1

### Begriffsbestimmungen

In diesem Abkommen

- a) bezeichnet das „Übereinkommen über die Errichtung des Instituts“ das am 19. August 1994 in Kraft getretene Übereinkommen über die Errichtung des Joint Vienna Institute sowie alle Zusatzbestimmungen;
- b) bezeichnet der Begriff „zuständige österreichische Behörden“ die Bundes-, Landes-, Gemeinde- und sonstigen Behörden der Republik Österreich, die je nach dem Zusammenhang und gemäß den in der Republik Österreich geltenden Gesetzen und Übungen zuständig sind;
- c) bezeichnet der Begriff „das Institut“ das Joint Vienna Institute;
- d) bezeichnet der Begriff „Angestellte des Instituts“ alle Mitarbeiter des Instituts sowie alle im Dienste einer der Vertragsparteien stehenden und von dieser an das Institut entsandten Personen, mit Ausnahme des an Ort und Stelle aufgenommenen und nach Stundenlohn bezahlten Personals;
- e) bezeichnet der Begriff „amtliche Tätigkeiten“ alle Tätigkeiten, die für die Durchführung der im Übereinkommen über die Errichtung des Instituts angeführten Aufgaben erforderlich sind, und
- f) bezeichnet der Begriff „amtliche Besucher“ die vom Institut eingeladenen Vertreter der assoziierten Mitglieder und Gastexperten, einschließlich Gastvortragende.

## Artikel 2

### Rechtspersönlichkeit

Die Republik Österreich anerkennt die durch das Übereinkommen über die Errichtung des Instituts geschaffene internationale Rechtspersönlichkeit des Instituts sowie seine Rechtsfähigkeit in Österreich, insbesondere seine Fähigkeit:

- a) Verträge abzuschließen;
- b) unbewegliche und bewegliche Vermögenswerte zu erwerben und zu veräußern;
- c) Gerichtsverfahren anzustrengen oder zu erwidern; und
- d) andere Handlungen zu setzen, die für seine Zwecke und Aufgaben notwendig oder nützlich sind.

## Artikel 3

### Amtssitz

Der Amtssitz des Instituts wird in Wien errichtet. Die Republik Österreich stellt dem Institut geeignete und angemessene Räumlichkeiten zur Verfügung.

## Artikel 4

### Unverletzlichkeit des Amtssitzes

(1) Der Amtssitz des Instituts ist unverletzlich. Kein Beamter oder Vertreter der Republik Österreich noch sonst irgendeine in der Republik Österreich Hoheitsrechte ausübende Person darf, außer mit der Zustimmung des Direktors des Instituts und unter Einhaltung der von ihm festgelegten Bedingungen, den Amtssitz betreten und dort Amtshandlungen setzen.

(2) Wenn nichts anderes in diesem Abkommen vereinbart wurde, sowie vorbehaltlich der Befugnis des Instituts, Verordnungen zu erlassen, gelten im Amtssitzbereich die Gesetze der Republik Österreich.

(3) Von österreichischen Behörden ausgestellte Rechtstitel dürfen am Amtssitz zugestellt werden.

## Artikel 5

### Befreiung von Gerichtsbarkeit und anderen Maßnahmen

(1) Das Institut ist mit Ausnahme der folgenden Fälle von Gerichtsbarkeit und Vollzugshandlungen befreit:

- a) wenn das Institut in einem bestimmten Fall ausdrücklich auf eine solche Befreiung verzichtet hat;

- b) wenn gegen das Institut durch Dritte eine zivilrechtliche Klage auf Schadenersatz nach einem Verkehrsunfall mit einem im Besitz des Instituts befindlichen oder in seinem Auftrag betriebenen Kraftfahrzeug oder auf Grund einer anderen Übertretung von Bestimmungen über den Besitz, Betrieb oder Einsatz von Kraftfahrzeugen eingebracht wird;
- c) wenn es auf Grund einer richterlichen Entscheidung zu einer Pfändung der vom Institut an einen Angestellten zu zahlenden Gehälter, Bezüge oder Entschädigungen kommt und das Institut den österreichischen Behörden nicht innerhalb von 14 Tagen nach Kenntnisnahme von der betreffenden Entscheidung mitteilt, daß es auf seine Immunität nicht verzichtet.

(2) Unbeschadet der Bestimmungen in Abs. 1 und 3 gelten das Eigentum und die Vermögenswerte des Instituts unabhängig von ihrem Standort als von allen Formen der Requisition, Beschlagnahme, Enteignung oder Zwangsverwaltung befreit.

(3) Das Eigentum und die Vermögenswerte des Instituts sind ebenfalls von jeder Form der administrativen oder vorübergehenden gerichtlichen Vollzugsmaßnahme befreit.

#### Artikel 6

##### Unverletzlichkeit der Archive

Die Archive des Instituts sind unverletzlich.

#### Artikel 7

##### Schutz des Amtssitzbereiches

Die Republik Österreich trifft entsprechende Vorsorge, um die Ruhe des Amtssitzes zu gewährleisten und ihn vor gewaltsamem Eindringen oder vor Schadenszufügung zu schützen.

#### Artikel 8

##### Öffentliche Leistungen im Amtssitzbereich

Die Republik Österreich trifft entsprechende Maßnahmen, um die Versorgung des Amtssitzes mit den notwendigen öffentlichen Leistungen zu angemessenen Bedingungen zu gewährleisten.

#### Artikel 9

##### Nachrichtenverkehr

(1) Die Republik Österreich trägt dafür Sorge, daß das Institut in der Lage ist, Mitteilungen in Verbindung mit seinen amtlichen Tätigkeiten ohne Zensur oder andere Eingriffe zu versenden und zu empfangen.

(2) Das Institut genießt in der Republik Österreich im Hinblick auf alle seine amtlichen Mitteilungen und auf die Übermittlung aller seiner Schriftstücke Bedingungen, die nicht weniger vorteilhaft sind als die günstigsten Bedingungen, die die Republik Österreich anderen internationalen Organisationen hinsichtlich der Gewährung von Vorzugsbehandlungen, Tarifen und Sondergebühren für Postsendungen, telegraphische Mitteilungen, Funktelegramme, Faxnachrichten, Telefongespräche oder andere Kommunikationsformen gewährt.

#### Artikel 10

##### Befreiung von Steuern und Zollgebühren

(1) Das Institut und sein Eigentum sind von allen Formen der Besteuerung befreit.

(2) Indirekte Steuern, die in den Preisen der an das Institut gelieferten Güter oder Dienstleistungen, einschließlich Leasing- oder Mietkosten, enthalten sind, werden dem Institut insoweit zurückerstattet, als dies nach österreichischem Recht für ausländische diplomatische Vertretungen vorgesehen ist.

(3) Alle Rechtsgeschäfte, an denen das Institut beteiligt ist, und alle in Verbindung mit solchen Rechtsgeschäften stehenden Schriftstücke sind von Steuern sowie Beurkundungs- und Gerichtsgebühren befreit.

(4) Güter, einschließlich Kraftfahrzeuge und ihrer Ersatzteile, welche das Institut ein- oder ausführt und für seine amtlichen Zwecke benötigt, sind von Zollgebühren und sonstigen Abgaben, soweit diese nicht bloß Gebühren für öffentliche Leistungen sind, sowie von allen wirtschaftlichen Verboten und

Beschränkungen der Ein- oder Ausfuhr ausgenommen. Die Republik Österreich stellt dem Institut für jedes Fahrzeug ein Diplomatenkennzeichen zur Verfügung, das dieses Fahrzeug als amtliches Fahrzeug einer internationalen Organisation ausweist.

(5) Güter, die gemäß Abs. 4 eingeführt wurden, können vom Institut innerhalb von zwei Jahren nach ihrer Einfuhr oder Anschaffung nicht an Dritte in der Republik Österreich weitergegeben oder übertragen werden.

(6) Das Institut ist von der Verpflichtung zur Entrichtung des Dienstgeberbeitrages zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen oder an eine Einrichtung mit gleichartigen Funktionen befreit.

#### Artikel 11

##### Finanzeinrichtungen

Die Republik Österreich trägt dafür Sorge, daß das Institut in der Lage ist:

- a) Währungsguthaben und Wertpapiere über gesetzlich zulässige Kanäle zu erwerben und zu erhalten sowie solche zu besitzen oder zu veräußern,
- b) Bankkonten in jeder beliebigen Währung zu eröffnen und zu unterhalten und
- c) seine Einlagen, Wertpapiere und Währungsguthaben nach, aus oder in die Republik Österreich zu transferieren.

#### Artikel 12

##### Sozialversicherung

(1) Das Institut ist von allen Pflichtbeiträgen an die Sozialversicherungseinrichtungen der Republik Österreich befreit.

(2) Die Angestellten des Instituts sind von den österreichischen Sozialversicherungsgesetzen ausgenommen, sofern sie durch ein Sozialversicherungssystem des Instituts oder einer der Parteien des Übereinkommens über die Errichtung des Instituts geschützt sind.

#### Artikel 13

##### Durchfahrt und Aufenthalt

(1) Die Republik Österreich trifft Vorsorge dafür, daß den unten angeführten Personen die Einreise nach und der Aufenthalt in der Republik Österreich ermöglicht wird, daß sie die Republik Österreich ohne Probleme verlassen und unbehindert vom oder zum Amtssitz reisen können und daß bei diesen Reisen der notwendige Schutz gewährleistet wird:

- a) die Mitglieder des Verwaltungsrates und ihre Stellvertreter,
- b) der Direktor und die im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen,
- c) die Vertreter von Staaten oder Organisationen, die vom Institut eingeladen werden,
- d) die Mitglieder des Beratungsausschusses des Instituts,
- e) die Angestellten des Instituts und die im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen,
- f) die amtlichen Besucher, und
- g) die Teilnehmer an den vom Institut angebotenen Kursen und Seminaren sowie die im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen für die Dauer dieser Kurse und Seminare und die damit verbundenen Reisen.

(2) Die für die in Abs. 1 genannten Personen erforderlichen Sichtvermerke werden kostenlos und so rasch wie möglich bewilligt.

(3) Keine von einer in Abs. 1 genannten Person in amtlicher Funktion im Rahmen des Instituts verrichtete Tätigkeit darf als Grund dafür verwendet werden, dieser Person die Einreise nach bzw. Ausreise aus der Republik Österreich zu verweigern.

(4) Die Republik Österreich hat das Recht, einen ausreichenden Nachweis dafür zu verlangen, daß Personen, die eines der in diesem Artikel genannten Rechte in Anspruch nehmen wollen, einer in Abs. 1 beschriebenen Kategorie angehören, und zu verlangen, daß den Quarantäne- und Gesundheitsvorschriften in angemessener Form entsprochen wird.

## Artikel 14

## Angestellte des Instituts

(1) Die Angestellten des Instituts genießen in und gegenüber der Republik Österreich folgende Privilegien und Immunitäten:

- a) Befreiung von jeglicher Gerichtsbarkeit in bezug auf die in Ausübung ihrer amtlichen Funktionen gemachten mündlichen oder schriftlichen Äußerungen und gesetzten Handlungen, wobei diese Befreiung auch dann weiterbesteht, wenn die betreffenden Personen nicht mehr Angestellte des Instituts sind;
- b) Schutz vor Beschlagnahme ihres privaten und ihres Dienstgepäcks und Schutz vor Durchsuchung des Dienstgepäcks und, falls der/die Angestellte unter Artikel 15 fällt, auch des privaten Gepäcks;
- c) Unverletzlichkeit aller amtlichen Schriftstücke, Daten und sonstigen Materialien;
- d) Befreiung von der Besteuerung von Gehältern, Bezügen einschließlich Zulagen, Entlohnungen, Entschädigungen und Ruhegehältern, die sie vom Institut für ihre Dienste erhalten; diese Ausnahme gilt auch für alle Unterstützungen an die Familien der Angestellten;
- e) Befreiung von allen Formen der Besteuerung der Einkünfte, die sie oder ihre im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen aus Quellen außerhalb der Republik Österreich beziehen;
- f) Befreiung von der Erbschafts- und Schenkungssteuer (außer für inländische Liegenschaften), sofern eine Verpflichtung zur Bezahlung solcher Steuern allein aus dem Umstand entsteht, daß die Angestellten und ihre im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Republik Österreich genommen haben oder beibehalten;
- g) Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen und von der Ausländerregistrierung für sich selbst und für die im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen, mit Ausnahme der bei Hotelnächtlungen erforderlichen Formalitäten;
- h) die Befugnis, in der Republik Österreich ausländische Wertpapiere, Guthaben in fremden Währungen, andere bewegliche sowie, unter den gleichen Bedingungen wie für österreichische Staatsbürger, auch unbewegliche Vermögenswerte zu erwerben und zu besitzen, weiters das Recht, nach Beendigung ihres Dienstverhältnisses beim Institut unbehindert ihre Zahlungsmittel in der gleichen Währung und bis zu denselben Beträgen wieder auszuführen, wie sie sie in die Republik Österreich eingeführt haben;
- i) das Recht, zum persönlichen Gebrauch frei von Zollgebühren und sonstigen Abgaben, soweit diese nicht bloß Gebühren für öffentliche Dienstleistungen sind, sowie frei von wirtschaftlichen Ein- und Ausfuhrverboten und Ein- und Ausfuhrbeschränkungen folgendes einzuführen:
  - i) ihre Einrichtungsgegenstände und persönliche Habe in einem oder mehreren getrennten Transporten und
  - ii) alle vier Jahre ein Kraftfahrzeug;
- j) den gleichen Schutz und die gleichen Repatriierungsmöglichkeiten für sich selbst und ihre im selben Haushalt lebenden Familienangehörigen, wie sie den Mitgliedern vergleichbaren Ranges des Personals der bei der Republik Österreich beglaubigten Leiter von diplomatischen Vertretungen in Zeiten internationaler Krisen eingeräumt werden;
- k) die Möglichkeit eines bevorzugten Zuganges zum Arbeitsmarkt für ihre im selben Haushalt lebenden Ehepartner und unterhaltsberechtigten Angehörigen im Einklang mit den österreichischen gesetzlichen Bestimmungen, unter der Voraussetzung, daß bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit die in diesem Abkommen angeführten Privilegien und Immunitäten auf eine solche Tätigkeit keine Anwendung finden. Dieses Privileg wird gemäß Annex I eingeräumt.

(2) Die Angestellten des Instituts sowie deren im gemeinsamen Haushalt lebende Familienmitglieder, auf die sich das Abkommen bezieht, sind von den Leistungen aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen oder einer Einrichtung mit gleichartigen Funktionen ausgeschlossen, sofern diese Personen weder österreichische Staatsbürger noch Staatenlose mit Wohnsitz in Österreich sind.

### Artikel 15

#### Mitglieder des Verwaltungsrates und ihre Stellvertreter, Mitglieder des Beratungsausschusses und der Direktor des Instituts

Neben den in Artikel 14 genannten Privilegien und Immunitäten genießen die Mitglieder des Verwaltungsrates und ihre Stellvertreter, die Mitglieder des Beratungsausschusses und der Direktor des Instituts sowie höherrangige Mitarbeiter in Vertretung des Direktors während dessen Abwesenheit, sofern sie nicht österreichische Staatsbürger sind oder ihren ständigen Wohnsitz in der Republik Österreich haben, die gleichen Privilegien und Immunitäten, Befreiungen und Möglichkeiten, wie sie auch den Leitern bzw. Mitgliedern vergleichbaren Ranges von diplomatischen Vertretungen eingeräumt werden.

### Artikel 16

#### Amtliche Besucher

- (1) Amtliche Besucher genießen die folgenden Privilegien und Immunitäten:
  - a) Befreiung von jeglicher Gerichtsbarkeit hinsichtlich aller von ihnen in Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit gemachten mündlichen oder schriftlichen Äußerungen und gesetzten Handlungen, wobei diese Befreiung auch dann weiterbesteht, wenn die betreffenden Personen nicht mehr amtliche Besucher des Instituts sind.
  - b) Unverletzlichkeit aller amtlichen Schriftstücke, Daten und sonstiger Materialien.
  - c) Schutz vor Beschlagnahme ihres privaten und ihres Dienstgepäcks.
  - d) der gleiche Schutz und die gleichen Repatriierungsmöglichkeiten für sich selbst und ihre im selben Haushalt lebenden Familienangehörigen, wie sie Mitgliedern vergleichbaren Ranges des Personals der bei der Republik Österreich beglaubigten Leiter von diplomatischen Vertretungsbehörden in Zeiten internationaler Krisen eingeräumt werden, und
  - e) die für die Überweisung ihrer Bezüge und Spesen erforderlichen Umtauschmöglichkeiten.
- (2) In den Fällen, in denen der Anfall einer Steuer vom Aufenthalt abhängt, werden Zeiträume, während deren sich die in Abs. 1 genannten Personen zur Erfüllung ihrer Aufgaben in der Republik Österreich aufhalten, nicht als Aufenthaltszeiträume angesehen. Diese Personen sind insbesondere von der Steuerzahlung für ihre vom Institut bezahlten Bezüge und Spesen während eines derartigen Dienstzeitraumes sowie von allen Fremdenverkehrsabgaben befreit.

### Artikel 17

#### Notifikation von Anstellungen, Identitätsausweise

- (1) Das Institut übermittelt den zuständigen österreichischen Behörden eine Liste der Angestellten des Instituts und revidiert diese nach Bedarf von Zeit zu Zeit.
- (2) Die Republik Österreich stellt den Angestellten des Instituts und ihren im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen, die keine österreichischen Staatsbürger sind oder ihren ständigen Wohnsitz nicht in der Republik Österreich haben, einen Identitätsausweis, der mit dem Lichtbild des Inhabers versehen ist, zur Verfügung. Dieser Ausweis dient zur Legitimierung des Inhabers gegenüber den zuständigen österreichischen Behörden.
- (3) Das Institut kann allen Angestellten des Instituts und ihren im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen, die österreichische Staatsbürger sind oder ihren ständigen Wohnsitz in der Republik Österreich haben, einen Identitätsausweis, der mit dem Lichtbild des Inhabers versehen ist, zur Verfügung stellen.

### Artikel 18

#### Österreichische Staatsangehörige und Personen mit ständigem Wohnsitz in der Republik Österreich

Österreichische Staatsangehörige und Personen, die zum Zeitpunkt ihres Dienstantritts ihren ständigen Wohnsitz in Österreich haben, genießen nur die in Artikel 12, Artikel 14 Abs. 1 lit. a), b), c) und d) und Artikel 16 Abs. 1 lit. a), b) und c) angeführten Privilegien und Immunitäten, österreichische

Staatsangehörige, die gemäß dem österreichischen Steuerrecht nicht als Ansässige gelten, auch diejenigen gemäß Artikel 16 Abs. 2.

#### Artikel 19

##### Zweck der Privilegien und Immunitäten

(1) Die in diesem Abkommen gewährten Privilegien und Immunitäten dienen nicht dazu, den Angestellten oder amtlichen Besuchern des Instituts persönliche Vorteile zu verschaffen. Sie werden lediglich gewährt, um damit dem Institut zu allen Zeiten die ungestörte Ausübung seiner amtlichen Tätigkeiten zu ermöglichen und um sicherzustellen, daß die Personen, denen sie eingeräumt werden, vollkommen unabhängig sind.

(2) Das Institut verpflichtet sich, auf die Immunität zu verzichten, wenn es der Auffassung ist, daß diese Immunität den normalen Gang der Rechtspflege behindern würde und daß ein solcher Verzicht die Interessen des Instituts nicht beeinträchtigt.

#### Artikel 20

##### Streitbeilegung

Alle Meinungsverschiedenheiten zwischen der Republik Österreich und dem Institut über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens oder über irgendeine andere Frage hinsichtlich des Amtssitzes oder des Verhältnisses zwischen dem Institut und der Republik Österreich, welche nicht im Verhandlungswege oder nach einem anderen, einvernehmlich festgelegten Verfahren beigelegt werden, sind zur endgültigen Entscheidung einem aus drei Schiedsrichtern zusammengesetzten Schiedsgericht zu unterbreiten; von diesen ist einer vom Institut, einer vom Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich und ein dritter, der als Vorsitzender des Schiedsgerichtes fungieren soll, von den beiden ersten Schiedsrichtern auszuwählen. Können die beiden ersten Schiedsrichter innerhalb von sechs (6) Monaten nach ihrer Ernennung keine Einigung hinsichtlich des dritten Schiedsrichters erzielen, so wird dieser auf Ersuchen der Republik Österreich oder des Instituts vom Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ausgewählt.

#### Artikel 21

##### Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald das Institut und die Republik Österreich einander vom Abschluß der Verfahren in Kenntnis gesetzt haben, die erforderlich sind, damit das Abkommen für beide Parteien bindende Wirkung erlangt.

#### Artikel 22

##### Meistbegünstigung

Sofern und insoweit die Regierung mit einer zwischenstaatlichen Organisation ein Abkommen trifft, das Bestimmungen oder Bedingungen enthält, die für die betreffende Organisation günstiger sind als die entsprechenden Bestimmungen oder Bedingungen dieses Abkommens, dann dehnt die Regierung mittels eines Zusatzabkommens diese günstigeren Bestimmungen oder Bedingungen auch auf das Institut aus.

#### Artikel 23

##### Dauer des Abkommens

(1) Das Abkommen wird ab 19. August 1994 angewendet.

(2) Das Abkommen tritt bei Beendigung des Übereinkommens über die Errichtung des Instituts außer Kraft.

(3) Vorbehaltlich der Bestimmung von Abs. 2 kann das Abkommen bis zum fünften Jahrestag des Inkrafttretens des Übereinkommens über die Errichtung des Instituts nur nach schriftlicher Vereinbarung zwischen dem Institut und der Republik Österreich beendet werden. Danach kann dieses Abkommen von jeder der beiden Parteien unter Einhaltung einer sechsmonatigen schriftlichen Kündigungsfrist beendet werden.



Geschehen in Wien am 6. März 1997 in deutscher und englischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen Gültigkeit besitzen.

Für die Republik  
Österreich:

Dr. HANS DIETMAR SCHWEISGUT  
Botschafter  
Sektionsleiter  
Bundesministerium für Finanzen

Für das Joint Vienna  
Institute:

Mr. VINOD THOMAS  
Vorsitzender  
Joint Vienna Institute

## ANNEX I

## ZUGANG ZUM ARBEITSMARKT

1. Die Ehegatten der Angestellten des Instituts und deren Kinder bis zu einem Alter von 21 Jahren haben unter der Voraussetzung, daß sie mit dem Ziel der Familienzusammenführung nach Österreich kamen und mit dem Hauptberechtigten des gemäß Artikel 17 ausgestellten Identitätsausweises einen gemeinsamen Haushalt bilden, bevorzugten Zugang zum Arbeitsmarkt. In Bezug auf den Zugang zum Arbeitsmarkt ist die Definition „Angestellte des Instituts“ gemäß Artikel 1 lit. d) lediglich auf Grund der sich von zwischenstaatlichen Organisationen mit Sitz in Österreich unterscheidenden spezifischen Struktur des Joint Vienna Institute anzuwenden. Diese Familienmitglieder werden in Folge als Begünstigte bezeichnet.
2. Die nach Punkt 1 Begünstigten erhalten auf Antrag vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten eine Bescheinigung, aus der hervorgeht, daß sie dem nach dem Abkommen bevorzugt zu behandelnden Personenkreis angehören. Die Ausstellung der Bescheinigung ist an kein konkretes Arbeitsplatzangebot gebunden. Die Bescheinigung gilt für das gesamte österreichische Bundesgebiet und verliert ihre Gültigkeit, wenn der Identitätsausweis seine Gültigkeit verliert.
3. Einem Arbeitgeber, der den Inhaber einer Bescheinigung zu beschäftigen beabsichtigt, wird auf Antrag eine Beschäftigungsbewilligung erteilt, sofern die Beschäftigung nicht in einem Arbeitsmarktsektor oder in einer Region aufgenommen werden soll, wo laut Arbeitsmarktservice gravierende Arbeitsmarktprobleme bestehen. Die Beschäftigungsbewilligung wird auch nach Überschreitung der gesetzlich festgelegten Bundeshöchstzahl für die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften erteilt werden.
4. Die Ausstellung der Beschäftigungsbewilligung erfolgt durch die regionale Geschäftsstelle des Arbeitsmarktservice, in deren Sprengel der in Aussicht genommene Beschäftigungsort liegt, bei wechselndem Beschäftigungsort von der regionalen Geschäftsstelle des Arbeitsmarktservice, in dem der Arbeitgeber seinen Betriebssitz hat.
5. Kinder, die vor Vollendung des 21. Lebensjahres zum Zweck der Familienzusammenführung nach Österreich eingereist sind und erst nach Vollendung des 21. Lebensjahres eine Beschäftigung aufnehmen wollen, gelten dann als Begünstigte, wenn ihnen vor Vollendung des 21. Lebensjahres bis zur tatsächlichen Aufnahme der Beschäftigung vom Hauptberechtigten des Identitätsausweises Unterhalt gewährt wurde. Alle anderen abhängigen Verwandten unterliegen den gewöhnlichen Regelungen betreffend die Zulassung zur unselbständigen Beschäftigung von Ausländern in Österreich.
6. Soweit eine selbständige Erwerbstätigkeit ausgeübt werden soll, finden die obigen Regelungen über die Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung keine Anwendung. In diesem Fall haben die Begünstigten für die Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit die gesetzlich erforderlichen Befähigungen und Voraussetzungen zu erbringen.

# AGREEMENT<sup>1</sup> BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE JOINT VIENNA INSTITUTE REGARDING THE HEADQUAR- TERS OF THE JOINT VIENNA INSTITUTE

## TABLE OF CONTENTS

Preamble	
Article 1	Definitions
Article 2	Legal Personality
Article 3	Headquarters
Article 4	Inviolability of Headquarters
Article 5	Immunity from Jurisdiction and Other Actions
Article 6	Inviolability of Archives
Article 7	Protections of the Headquarters Premises
Article 8	Public Services in the Headquarters Premises
Article 9	Communications
Article 10	Freedom from Taxation and Customs Duties
Article 11	Financial Facilities
Article 12	Social Security
Article 13	Transit and Residence
Article 14	Staff of the Institute
Article 15	Members of the Executive Board and their Alternates. Members of the Advisory Committee. and the Director of the Institute
Article 16	Official Visitors
Article 17	Notification of Appointments. Identity Cards
Article 18	Austrian Nationals and Permanent Residents of the Republic of Austria
Article 19	Purpose of Privileges and Immunities
Article 20	Settlement of Disputes
Article 21	Entry into Force
Article 22	Most-Favored Organization
Article 23	Duration
Annex I	Access to the Labor Market

### Preamble

The Republic of Austria and the Joint Vienna Institute.

HAVING REGARD to the Agreement entered into by the Bank for International Settlements, the European Bank for Reconstruction and Development, the International Bank for Reconstruction and Development, the International Monetary Fund and the Organisation for Economic Co-operation and Development establishing the Joint Vienna Institute as an international organization;

NOTING that Article IV of that Agreement provides that the headquarters of the Institute shall be located in Vienna, Austria;

DESIRING to define the status, privileges and immunities of the Institute in the Republic of Austria and to enable the Institute to fulfill its purposes and functions;

CONSIDERING the assistance provided by the Republic of Austria for the establishment and operation of the Institute;

HAVE AGREED as follows:

<sup>1</sup> Came into force provisionally on 19 August 1994, in accordance with article 23, and definitively on 31 October 1997 by notification, in accordance with article 21.

## Article I

### Definitions

For the purpose of this Agreement:

- (a) "Agreement Establishing the Institute" means the Agreement for the Establishment of the Joint Vienna Institute that entered into force on August 19, 1994, and any amendments thereto;
- (b) "Appropriate Austrian Authorities" means such federal, state, municipal or other authorities in the Republic of Austria as may be appropriate in the context, and in accordance with the laws and customs applicable in the Republic of Austria;
- (c) "the Institute" means the Joint Vienna Institute;
- (d) "staff of the Institute" means all employees of the Institute and those employed by a Party to the Agreement and seconded to work at the Institute, but does not include those employees who are locally recruited and assigned to hourly rates;
- (e) "official activities" means any activities necessary for carrying out the purpose of the Institute as set forth in the Agreement Establishing the Institute; and
- (f) "Official Visitors" means representatives of Associate Members and visiting experts, including visiting lecturers, invited by the Institute.

## Article 2

### Legal personality

The Republic of Austria recognizes the international juridical personality of the Institute, deriving from the Agreement Establishing the Institute, and its legal capacity within Austria, in particular, its capacity:

- (a) to contract;
- (b) to acquire and dispose of immovable and movable property;
- (c) to institute and respond to legal proceedings; and
- (d) to take such other action as may be necessary or useful for its purpose and activities.

## Article 3

### Headquarters

The headquarters of the Institute are established in Vienna. The Republic of Austria shall provide suitable and adequate premises.

## Article 4

### Inviolability of headquarters

(1) The headquarters of the Institute shall be inviolable. No officer or official of the Republic of Austria, or other person exercising any public authority within the Republic of Austria, shall enter the headquarters to perform any duties except with the consent of, and under conditions approved by, the Director of the Institute.

(2) Except as otherwise provided in this Agreement and subject to the power of the Institute to make regulations, the laws of the Republic of Austria shall apply within the seat of the headquarters.

(3) Instruments issued by Austrian authorities may be served at the headquarters premises.

## Article 5

### Immunity from jurisdiction and other actions

(1) The Institute shall have immunity from jurisdiction and enforcement, except:

- (a) to the extent that the Institute shall have expressly waived such immunity in a particular case;
- (b) in the case of civil action brought by a third party for damage resulting from an accident caused by a motor vehicle belonging to, or operated on behalf of, the Institute, or in respect of any infringement of regulations governing the keeping, operation and use of motor vehicles;

(c) in the case of attachment, pursuant to a decision by the judicial authorities, of the salary, emoluments or indemnities owed by the Institute to an employee, unless the Institute informs the Austrian authorities within 14 days of the date on which it is notified of said decision that it does not waive its immunity.

(2) Without prejudice to paragraphs (1) and (3), the property and assets of the Institute, wherever situated, shall be immune from any form of requisition, confiscation, expropriation and sequestration.

(3) The property and assets of the Institute shall also be immune from any form of administrative or provisional judicial restraint.

#### **Article 6**

##### **Inviolability of archives**

The archives of the Institute shall be inviolable.

#### **Article 7**

##### **Protection of the headquarters premises**

The Republic of Austria shall take all appropriate measures to ensure the tranquillity of the headquarters and to protect them from forcible entry and damage.

#### **Article 8**

##### **Public services in the headquarters premises**

The Republic of Austria shall take all appropriate measures to ensure that the headquarters are supplied with the necessary public services on equitable terms.

#### **Article 9**

##### **Communications**

(1) The Republic of Austria shall ensure that the Institute is able to send and receive communications in connection with its Official Activities without censorship or other interference.

(2) The Institute shall enjoy in the Republic of Austria, for its official communications and the transfer of all its documents, treatment not less advantageous to the Institute than the most favorable treatment accorded by the Republic of Austria to any international organization, in the matter of priorities, rates and surcharges on mail, cables, radiograms, telefax, telephone and other forms of communication.

#### **Article 10**

##### **Freedom from taxation and customs duties**

(1) The Institute and its property shall be exempt from all forms of taxation.

(2) Indirect taxes included in the price of goods or services supplied to the Institute, including leasing and rental charges, shall be refunded to the Institute insofar as Austrian law makes provision to that effect for foreign diplomatic missions.

(3) All transactions to which the Institute is a party and all documents recording such transactions shall be exempt from all taxes, recording charges and court fees.

(4) Goods, including motor vehicles and spare parts thereof, imported or exported by the Institute, required for its official activities, shall be exempt from customs duties and other charges provided these are not simply charges for public utility services, and from economic prohibitions and restrictions on imports and exports. The Republic of Austria shall issue for each vehicle a diplomatic license plate by which it can be identified as an official vehicle of an international organization.

(5) Goods imported in accordance with paragraph (4) shall not be ceded or transferred by the Institute to third parties in the Republic of Austria within two years of their importation or acquisition.

(6) The Institute shall be exempt from the obligation to pay employer's contributions to the Family Burden Equalization Fund or an instrument with equivalent objectives.

### Article 11

#### Financial facilities

The Republic of Austria shall take all measures to ensure that the Institute may:

- (a) purchase and receive through authorized channels, hold and dispose of any currencies or securities;
- (b) open and operate bank accounts in any currency; and
- (c) transfer its funds, securities and currencies to, from or within the Republic of Austria.

### Article 12

#### Social security

(1) The Institute shall be exempt from all compulsory contributions to any social security scheme in the Republic of Austria.

(2) The staff of the Institute shall be exempt from the application of Austrian social security laws provided they belong to the social security scheme of the Institute or of a Party to the Agreement Establishing the Institute.

### Article 13

#### Transit and residence

(1) The Republic of Austria shall take all necessary measures to facilitate the entry into, and sojourn in, the Republic of Austria of the persons listed below, shall allow them to leave the Republic of Austria without interference and shall ensure that they can travel unimpeded to or from the headquarters, affording them any necessary protection when so traveling:

- (a) members of the Executive Board and their alternates;
- (b) the Director and members of his family forming part of his household;
- (c) representatives of States or organizations invited by the Institute;
- (d) members of the Institute's Advisory Committee;
- (e) the staff of the Institute and members of their families forming part of their household;
- (f) official visitors; and
- (g) participants in the courses and seminars offered by the Institute and members of their families forming part of their household, for the duration of, and travel in connection with, such courses and seminars.

(2) Visas which may be required by persons referred to in paragraph (1) shall be granted free of charge and as promptly as possible.

(3) No activity performed by any person referred to in paragraph (1) in his official capacity with respect to the Institute shall constitute a reason for preventing his entry into, or his departure from, the Republic of Austria.

(4) The Republic of Austria shall be entitled to require reasonable evidence to establish that persons claiming the rights granted by this article fall within the categories described in paragraph (1), and to require compliance in a reasonable manner with quarantine and health regulations.

### Article 14

#### Staff of the Institute

(1) The staff of the Institute shall enjoy, within and with respect to the Republic of Austria, the following privileges and immunities:

- (a) immunity from jurisdiction in respect of words spoken or written and all acts performed by them in their official capacity; this immunity shall continue to apply even after the persons concerned have ceased to be staff of the Institute;
- (b) immunity from seizure of their personal and official baggage and immunity from inspection of official baggage, and, if the person comes within the scope of Article 15, immunity from inspection of personal baggage;
- (c) inviolability of all official documents, data and other material;

- (d) exemption from taxation in respect of the salaries, emoluments including allowances, remunerations, indemnities and pensions paid to them by the Institute in connection with their service with it. This exemption shall extend also to assistance given to the families of staff of the Institute;
  - (e) exemption from any form of taxation on income derived by them and by members of their families forming part of their household from sources outside the Republic of Austria;
  - (f) exemption from inheritance and gift taxes, except with respect to immovable property located in the Republic of Austria, insofar as such arise solely from the fact that the staff of the Institute or members of their families forming part of their household reside or maintain their usual domicile in the Republic of Austria;
  - (g) exemption from immigration restrictions and from registration formalities for themselves and members of their families forming part of their household, except for registration formalities related to hotel accommodation;
  - (h) freedom to acquire or maintain within the Republic of Austria foreign securities, foreign currency accounts, other movable property and, under the same conditions as Austrian nationals, immovable property, and upon termination of their employment with the Institute, the right to transfer out of the Republic of Austria, without interference, their funds in the same currency and up to the same amounts as they had brought into the Republic of Austria;
  - (i) the right to import for personal use, free of duty and other charges, provided these are not simply charges for public utility services, and exempt from economic import prohibitions and restrictions on imports and exports:
    - (i) their furniture and effects in one or more separate consignments; and
    - (ii) one motor vehicle every four years.
  - (j) the same protection and repatriation facilities with respect to themselves and members of their families forming part of their household as are accorded in time of international crises to members, having comparable rank, of the staffs of chiefs of diplomatic missions accredited to the Republic of Austria;
  - (k) the opportunity for their spouses and dependent relatives living in the same household to have access to the labor market in accordance with the Austrian law on a preferential basis, provided that, insofar as they engage in gainful occupation, privileges and immunities under this Agreement shall not apply with regard to such occupation. This privilege shall be granted according to Annex I.
- (2) The staff of the Institute, and the members of their families living in the same household, to whom this Agreement applies, shall not be entitled to payments out of the Family Burden Equalization Fund or an instrument with equivalent objectives, unless such persons are Austrian nationals or stateless persons resident in Austria.

#### Article 15

##### Members of the Executive Board and their alternates, members of the Advisory Committee, and the Director of the Institute

In addition to the privileges and immunities specified in Article 14, members of the Executive Board and their alternates, members of the Advisory Committee, and the Director of the Institute and any senior member of the staff of the Institute acting on behalf of the Director during his absence from duty, shall, provided they are not Austrian nationals or are not permanent residents of the Republic of Austria, be accorded the privileges and immunities, exemptions and facilities accorded to heads of diplomatic missions or members of such missions having comparable rank.

#### Article 16

##### Official visitors

- (1) Official Visitors shall enjoy the following privileges and immunities:
- (a) immunity from jurisdiction in respect of all words spoken or written, and all acts performed by them in the exercise of their duties. Official Visitors shall continue to enjoy this immunity even after they have ceased to be Official Visitors;
  - (b) inviolability of all their official documents, data and other material;
  - (c) immunity from seizure of their personal and official baggage;

- (d) the same protection and repatriation facilities with respect to themselves and members of their families forming part of their household as are accorded in time of international crises to members, having comparable rank, of the staffs of chiefs of diplomatic missions accredited to the Republic of Austria; and
- (e) the exchange facilities necessary for the transfer of their emoluments and expenses.

(2) Where the incidence of any form of taxation depends upon residence, periods during which the persons referred to in paragraph (1) may be present in the Republic of Austria for the discharge of their duties shall not be considered as periods of residence. In particular, such persons shall be exempt from taxation on their emoluments and expenses paid by the Institute during such periods of duty and from all tourist taxes.

#### Article 17

##### Notification of appointments, identity cards

(1) The Institute shall communicate to the Appropriate Austrian Authorities a list of the staff of the Institute and shall revise such list from time to time as may be necessary.

(2) The Republic of Austria shall issue to the staff of the Institute and members of their families forming part of their household, provided they are not Austrian nationals or persons who are permanent residents of the Republic of Austria, an identity card bearing the photograph of the holder. This card shall serve to identify the holder vis-à-vis the Appropriate Austrian Authorities.

(3) The Institute may issue to the Staff of the Institute and members of their families forming part of their household, who are Austrian nationals and persons who are permanent residents of the Republic of Austria, an identity card bearing the photograph of the holder.

#### Article 18

##### Austrian nationals and permanent residents of the Republic of Austria

Austrian nationals and persons who, at the time of taking up their duties, are permanent residents of the Republic of Austria, shall enjoy only the privileges and immunities specified in Article 12, Article 14 (1) (a), (b), (c), and (d), and Article 16 (1) (a), (b), and (c), and, for Austrian nationals who are not considered residents under the Austrian tax law, Article 16 (2).

#### Article 19

##### Purpose of privileges and immunities

(1) The privileges and immunities provided for in this Agreement are not designed to give to staff or Official Visitors of the Institute personal advantage. They are granted solely to ensure that the Institute is able to perform its Official Activities unimpeded at all times and that the persons to whom they are accorded have complete independence.

(2) The Institute shall waive immunity where it considers that such immunity would impede the normal course of justice and that it can be waived without prejudicing the interests of the Institute.

#### Article 20

##### Settlement of disputes

Any dispute between the Republic of Austria and the Institute concerning the interpretation or application of this Agreement or any question affecting the Headquarters or relations between the Institute and the Republic of Austria, which is not settled by negotiation or other agreed mode of settlement, shall be referred for final decision to a tribunal of three arbitrators; one to be chosen by the Institute, one to be chosen by the Federal Ministry for Foreign Affairs of the Republic of Austria, and the third, who shall be chairman of the tribunal, to be chosen by the first two arbitrators. Should the first two arbitrators fail to agree upon the third within six (6) months of their appointment, he shall be chosen by the President of the International Court of Justice at the request of the Republic of Austria or the Institute.

#### Article 21

##### Entry into force

This Agreement shall enter into force upon the Institute and the Republic of Austria having notified each other of the completion of the procedures required, for each of them, to be bound by it.



**Article 22****Most-favored organization**

If and to the extent that the Government shall enter into any agreement with any intergovernmental organization having its seat in Austria containing terms or conditions more favorable to that organization than similar terms or conditions of this Agreement, the Government shall extend such more favorable terms or conditions to the Institute, by means of a supplemental agreement.

**Article 23****Duration**

- (1) This Agreement shall become effective as of 19 August 1994.
- (2) This Agreement shall cease to be in force upon the termination of the Agreement Establishing the Institute.
- (3) Subject to paragraph (2) above, up until the fifth anniversary of the date upon which the Agreement Establishing the Institute entered into force, this Agreement may be terminated only by written agreement between the Institute and the Republic of Austria. Thereafter, this Agreement may be terminated upon the expiration of six (6) months following written notice of termination from either party to the other.

Done in Vienna, on 6 March, 1997, in the German and English languages, each text being equally authentic.

For the Republic  
of Austria:

Dr. HANS DIETMAR SCHWEISGUT  
Ambassador  
Director General  
Federal Ministry for Finance

For the Joint Vienna  
Institute:

Mr. VINOD THOMAS  
Chairman  
Joint Vienna Institute

## ANNEX I

## ACCESS TO THE LABOR MARKET

1. Spouses of members of the Staff of the Institute and their children under the age of 21, provided they came to Austria for the purpose of family reunion and forming part of the same household with the principal holder of the identity card issued according to Article 17, shall have preferential access to the labor market. For the purpose of access to the labor market, the definition "Staff of the Institute" contained in Article 1 (d) is applicable only because of the specific structure of the Joint Vienna Institute as opposed to intergovernmental organizations based in Austria. The above mentioned family members are hereinafter called beneficiaries.
  2. Upon application, the above mentioned beneficiaries will be issued, by the Federal Ministry for Foreign Affairs, a certificate confirming their preferential status under this Agreement. The issuing of such certificate shall not be conditional on a specific offer of employment. It shall be valid for the entire Austrian territory and its validity shall expire upon expiration of the identity card.
  3. The prospective employer of the beneficiary will be granted an employment permit ("Beschäftigungsbewilligung") upon application, provided that the employment is not sought in a sector of the labor market or a region with grave employment problems, as determined by the Austrian Public Employment Service ("Arbeitsmarktservice"). The employment permit will be granted even if the legally fixed maximum number for employment of foreign labor ("Bundeshöchstzahl") has been exceeded.
  4. The employment permit shall be issued by the regional office of the Austrian Public Employment Service ("Arbeitsmarktservice") competent for the area in which employment is taken up: in the case of employment which is not confined to a specific location, the competence of the regional office shall be determined by the business seat of the employer.
  5. Children who came to Austria before the age of 21 for the purpose of family reunion and who wish to take up employment after the completion of their 21<sup>st</sup> year of age shall be considered as beneficiaries if the principal holder of the identity card provided for their livelihood before they reached the age of 21 up to the moment in which they took up employment. For all other dependent relatives the normal regulations for access of foreigners to employment in Austria shall apply.
  6. The above rules concerning employment shall not apply to self-employed activities. In such cases, the beneficiaries shall comply with the necessary legal requirements for the exercise of such business activities.
-

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD<sup>1</sup> ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET L'INSTITUT  
CONJOINT DE VIENNE RELATIF AU SIÈGE DE L'INSTITUT  
CONJOINT DE VIENNE

## TABLE DES MATIÈRES

## PRÉAMBULE

<i>Article premier</i>	Définitions
<i>Article 2</i>	Personnalité juridique
<i>Article 3</i>	Siège
<i>Article 4</i>	Inviolabilité du siège
<i>Article 5</i>	Immunité de juridiction et autres actions
<i>Article 6</i>	Inviolabilité des archives
<i>Article 7</i>	Protection de l'enceinte du siège
<i>Article 8</i>	Services publics dans l'enceinte du siège
<i>Article 9</i>	Communications
<i>Article 10</i>	Exonération des impôts et droits de douane
<i>Article 11</i>	Facilités financières
<i>Article 12</i>	Sécurité sociale
<i>Article 13</i>	Entrée, sortie et résidence
<i>Article 14</i>	Personnel de l'Institut
<i>Article 15</i>	Membres du Conseil d'administration et leurs suppléants, membres du Comité consultatif et Directeur de l'Institut
<i>Article 16</i>	Personnalités officielles
<i>Article 17</i>	Notification de nominations, cartes d'identité
<i>Article 18</i>	Citoyens autrichiens et personnes autorisées de séjour
<i>Article 19</i>	Objectif des privilèges et immunités
<i>Article 20</i>	Règlement des différends
<i>Article 21</i>	Entrée en vigueur
<i>Article 22</i>	Organisation bénéficiant de conditions plus favorables
<i>Article 23</i>	Durée
<i>Annexe I</i>	Accès au marché du travail

<sup>1</sup> Entré en vigueur à titre provisoire le 19 août 1994, conformément à l'article 23, et à titre définitif le 31 octobre 1997 par notification, conformément à l'article 21.

## PRÉAMBULE

La République d'Autriche et l'Institut conjoint de Vienne,

Eu égard à l'Accord conclu entre la Banque des règlements internationaux, la Banque européenne pour la reconstruction et le développement, la Banque internationale pour la reconstruction et le développement, le Fonds monétaire international et l'Organisation de coopération et de développement économiques portant création de l'Institut conjoint de Vienne en tant qu'organisation internationale;

Notant qu'aux termes de l'Article IV dudit Accord le siège de l'Institut sera situé à Vienne, Autriche;

Désireux de définir le statut, les privilèges et les immunités de l'Institut sur le territoire de la République d'Autriche et de permettre à l'Institut de poursuivre ses objectifs et d'accomplir ses fonctions;

Considérant l'aide fournie par la République d'Autriche à la création et au fonctionnement de l'Institut;

Sont convenus de ce qui suit :

### *Article premier*

#### DÉFINITIONS

Aux fins du présent Accord :

(a) L'expression « Accord portant création de l'Institut » s'entend de l'Accord portant création de l'Institut conjoint de Vienne entré en vigueur le 19 août 1994, et des modifications qui pourraient lui être apportées;

(b) L'expression « autorités autrichiennes appropriées » désigne les autorités fédérales, locales, municipales ou autres autorités appropriées en République d'Autriche, dans le contexte des lois et coutumes applicables en République d'Autriche;

(c) Le terme « Institut » désigne l'Institut conjoint de Vienne;

(d) L'expression « personnel de l'Institut » désigne tous les employés de l'Institut ainsi que les personnes employées par une Partie à l'Accord et détachées auprès de l'Institut, à l'exclusion des employés localement recrutés ou recevant un salaire horaire;

(e) L'expression « activités officielles » désigne toute activité nécessaire à la réalisation de l'objectif de l'Institut exprimé dans l'Accord portant création de l'Institut; et

(f) L'expression « personnalités officielles » désigne les représentants des membres associés ainsi que les experts invités à l'Institut, y compris les conférenciers.

### *Article 2*

#### PERSONNALITÉ JURIDIQUE

La République d'Autriche reconnaît la personnalité juridique internationale de l'Institut, découlant de l'Accord portant création de l'Institut, ainsi que sa capacité juridique sur le territoire autrichien, en particulier sa capacité :

(a) De contracter;

(b) D'acquérir des biens meubles et immeubles et d'en disposer;

- (c) D'introduire une instance juridique ou d'y être défendeur; et
- (d) De prendre toute autre mesure nécessaire ou utile à la poursuite de ses objectifs et activités.

### Article 3

#### SIÈGE

Le siège de l'Institut est établi à Vienne. La République d'Autriche fournit des locaux appropriés et adéquats.

### Article 4

#### INVIOLABILITÉ DU SIÈGE

(1) Le siège de l'Institut est inviolable. Aucun représentant de la République d'Autriche ni autre personne exerçant une autorité publique au sein de la République d'Autriche ne peut y entrer pour y exercer des fonctions quelles qu'elles soient, si ce n'est avec le consentement du Directeur de l'Institut et dans des conditions approuvées par ce dernier.

(2) Sauf indication contraire dans le présent Accord et sous réserve de l'autorité que possède l'Institut d'établir des règlements, la législation de la République d'Autriche s'applique dans l'enceinte du siège.

(3) Les instruments juridiques émis par les autorités autrichiennes peuvent être notifiés au siège.

### Article 5

#### IMMUNITÉ DE JURIDICTION ET AUTRES ACTIONS

(1) L'Institut jouit de l'immunité de juridiction et d'exécution, sauf :

(a) Dans la mesure où l'institut y a renoncé dans un cas donné;

(b) En ce qui concerne une action civile intentée par un tiers au titre de dommages résultant d'un accident de la route, causé par un véhicule automobile appartenant à l'Institut ou utilisé au nom de l'Institut, ou ayant trait à toute violation de règlements relatifs à la possession, à l'exploitation et à l'utilisation de véhicules automobiles;

(c) Dans le cas de la saisie, en application de la décision exécutoire d'un tribunal, de traitements, salaires ou autres émoluments dus par l'Institut à l'un de ses employés, à moins que l'Institut n'informe les autorités autrichiennes, dans les 14 jours qui suivent la date à laquelle l'Institut reçoit notification de ladite décision, qu'il ne renonce pas à son immunité.

(2) Sans préjudice des paragraphes 1 et 3, les biens et avoirs de l'Institut, où qu'ils soient situés, bénéficient de l'immunité à l'égard de toutes formes de réquisition, confiscation, expropriation et mise en séquestre.

(3) Les biens et avoirs de l'Institut bénéficient également de l'immunité à l'égard de toute forme de contrainte administrative ou judiciaire temporaire.

*Article 6*

## INVOLABILITÉ DES ARCHIVES

Les archives de l'Institut sont inviolables.

*Article 7*

## PROTECTION DES LOCAUX DU SIÈGE

La République d'Autriche prend toutes les mesures appropriées pour assurer la tranquillité de l'enceinte du siège, pour empêcher que l'on y pénètre par force et pour la protéger de dommages.

*Article 8*

## SERVICES PUBLICS DANS L'ENCEINTE DU SIÈGE

La République d'Autriche prend toutes les mesures appropriées pour assurer que le siège bénéficie de tous les services publics nécessaires, à des conditions équitables.

*Article 9*

## COMMUNICATIONS

(1) La République d'Autriche prend les mesures nécessaires pour que l'Institut puisse envoyer et recevoir des communications concernant ses activités officielles, sans censure ni autre forme d'interception.

(2) Les communications officielles de l'Institut et le transfert de tous ses documents bénéficient en République d'Autriche d'un traitement au moins aussi avantageux que le traitement le plus favorable accordé par la République d'Autriche à toute organisation internationale en ce qui concerne les priorités, les tarifs et les surcharges affectant la poste, les télégraphes, la radiotélégraphie, la télécopie, le téléphone et autres formes de communication.

*Article 10*

## EXONÉRATION DES IMPÔTS ET DROITS DE DOUANE

(1) L'Institut, ses biens et avoirs sont exonérés du paiement de toutes formes d'impôts.

(2) Les impôts indirects inclus dans le prix des biens ou services fournis à l'Institut, y compris les frais de location, sont remboursés à l'Institut dans la mesure où la législation autrichienne prévoit cette exonération pour les missions diplomatiques étrangères.

(3) Toutes les transactions auxquelles l'Institut est partie ainsi que tous les documents où sont consignées lesdites opérations sont exempts de tous impôts, droits d'enregistrement et frais judiciaires.

(4) Les articles importés ou exploités par l'Institut, y compris les véhicules automobiles et leurs pièces détachées, à des fins officielles sont exempts de tous droits de douane et autres redevances autres que les redevances pour services d'utilité publique, ainsi que des prohibitions et restrictions à l'importation et à l'exportation. La République d'Autriche distribue pour chaque véhicule une plaque minéralogique diplomatique permettant d'identifier un véhicule officiel appartenant à une organisation internationale.

(5) Les articles importés conformément au paragraphe 4 ne seront ni vendus ni transférés par l'Institut à des tiers sur le territoire de la République d'Autriche au cours des deux années suivant leur importation ou leur acquisition.

(6) L'Institut est exonéré de l'obligation de verser la contribution de l'employeur à la Caisse familiale de péréquation ou à d'autres mécanismes ayant des objectifs équivalents.

### *Article 11*

#### FACILITÉS FINANCIÈRES

La République d'Autriche prend toutes les mesures nécessaires pour permettre à l'Institut :

(a) D'acheter et de recevoir par les voies autorisées, de détenir et de disposer de toutes monnaies ou titres;

(b) D'ouvrir des comptes bancaires en toutes monnaies et d'en disposer; et

(c) De transférer ses fonds, valeurs et devises d'Autriche dans un autre pays ou inversement, ou à l'intérieur de l'Autriche.

### *Article 12*

#### SÉCURITÉ SOCIALE

(1) L'Institut est exempt de toute contribution obligatoire à tout régime de sécurité sociale en République d'Autriche.

(2) Le personnel de l'Institut n'est pas soumis aux dispositions du régime de sécurité sociale institué par l'Autriche à condition de participer au régime de sécurité sociale de l'Institut ou d'une Partie à l'Accord portant création de l'Institut.

### *Article 13*

#### ENTRÉE ET SORTIE DU TERRITOIRE DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET RÉSIDENCE

(1) La République d'Autriche prend toutes les mesures nécessaires pour faciliter l'entrée et le séjour dans le territoire autrichien des personnes énumérées ci-après, ne met aucun obstacle à leur sortie de ce territoire et veille à ce que leurs déplacements à destination ou en provenance du siège ne subissent aucune entrave et leur accorde la protection nécessaire pendant leurs déplacements :

(a) Les membres du Conseil d'administration et leurs suppléants;

(b) Le Directeur et les membres de sa famille faisant partie du ménage;

- (c) Les représentants d'Etats ou d'organisations invités par l'Institut;
  - (d) Les membres du Comité consultatif de l'Institut;
  - (e) Le personnel de l'Institut et les membres de leur famille faisant partie du ménage;
  - (f) Les personnalités officielles en visite; et
  - (g) Les participants au cours et séminaires offerts par l'Institut et les membres de leur famille faisant partie du ménage, pour la durée desdits cours et séminaires et pour les déplacements liés auxdits cours et séminaires.
- (2) Les visas qui peuvent être nécessaires aux personnes mentionnées au paragraphe 1 sont accordés sans frais et dans les meilleurs délais.
- (3) Aucune activité à laquelle se livre toute personne mentionnée au paragraphe 1 en mission pour le compte de l'Institut ne saurait justifier une interdiction d'entrée sur le territoire de la République d'Autriche ou de départ de ce territoire.
- (4) La République d'Autriche est autorisée à demander des preuves raisonnables établissant que les personnes demandant à jouir des droits attribués par le présent article entrent dans les catégories décrites au paragraphe 1 et à demander que lesdites personnes respectent de façon raisonnable les règlements en matière de quarantaine et de santé.

#### Article 14

##### PERSONNEL DE L'INSTITUT

- (1) Le personnel de l'Institut, dans le territoire de la République d'Autriche et en ce qui concerne la République d'Autriche, jouissent des privilèges et immunités suivants :
- (a) L'immunité de juridiction en ce qui concerne leurs paroles et écrits, ainsi que les actes accomplis par eux dans l'exercice de leurs fonctions; cette immunité persiste même après que lesdites personnes ont quitté le service de l'Institut;
  - (b) L'immunité de saisie de leurs bagages personnels et officiels et l'immunité d'inspection des bagages officiels, ainsi que l'immunité d'inspection des bagages personnels pour les personnes visées par l'article 15;
  - (c) L'inviolabilité de tous les documents, données et autres documentations officielles;
  - (d) L'exonération des impôts sur les traitements, émoluments, y compris indemnités, rémunérations et pensions, versés par l'Institut et se rapportant à leur service à l'Institut. Cette exonération s'étend également à l'aide accordée aux familles du personnel de l'Institut;
  - (e) L'exonération de toutes formes d'impôts sur le revenu découlant, pour le personnel et les membres de leur famille faisant partie de leur ménage, de sources extérieures à la République d'Autriche;
  - (f) L'exonération de l'impôt sur les successions et les donations, à l'exception des impôts sur les biens immeubles situés sur le territoire de la République d'Autriche, dans la mesure où lesdits impôts sont exclusivement liés au fait que le personnel de l'Institut ou les membres de leur famille faisant partie de leur ménage



résident sur le territoire de la République d'Autriche ou y maintiennent leur domicile habituel;

(g) L'exemption des restrictions à l'immigration et des formalités d'enregistrement pour le personnel et les membres de leur famille faisant partie de leur ménage, à l'exception des formalités d'enregistrement dans les hôtels;

(h) La liberté d'acquérir ou de conserver sur le territoire de la République d'Autriche des valeurs étrangères, des comptes en devises, d'autres biens meubles et, dans les mêmes conditions que les nationaux autrichiens, des biens immeubles; et, lorsque leurs fonctions à l'Institut prennent fin, le droit de transférer du territoire de la République d'Autriche, sans restriction, des sommes égales, et en devises identiques, à celles qu'ils avaient introduites dans ledit territoire;

(i) Le droit d'importer pour usage personnel en franchise de droits et autres charges et sans être soumis aux interdictions économiques d'importation et aux restrictions à l'importation et à l'exportation, à condition que lesdites charges ne soient pas liées à des services publics :

(i) Leur mobilier et leurs effets en un ou plusieurs envois; et

(ii) Une voiture automobile tous les quatre ans;

(j) La même protection et les mêmes facilités de rapatriement pour le personnel et les membres de leur famille faisant partie de leur ménage qui sont accordées en période de crise internationale aux membres de rang comparable du personnel des chefs de missions diplomatiques accrédités auprès de la République d'Autriche;

(k) La possibilité pour les conjoints et personnes à charge faisant partie du ménage d'avoir accès au marché du travail conformément à la législation autrichienne sur une base préférentielle, à condition que, dans la mesure où ces personnes occupent un emploi rémunéré, les privilèges et immunités mentionnés dans le présent Accord ne s'appliquent pas à ladite occupation. L'Annexe I indique les conditions d'octroi de ce privilège.

(2) Le personnel de l'Institut et les membres de leur famille faisant partie de leur ménage, auxquels s'applique le présent Accord, ne peuvent bénéficier de prestations provenant de la Caisse familiale de péréquation ou d'un instrument ayant des objectifs équivalents à moins d'être des nationaux autrichiens ou des apatrides résidant en Autriche.

### Article 15

#### MEMBRES DU CONSEIL D'ADMINISTRATION ET SUPPLÉANTS, MEMBRES DU COMITÉ CONSULTATIF ET DIRECTEUR DE L'INSTITUT

Outre les privilèges et immunités spécifiés à l'article 14, les membres du Conseil d'administration et leurs suppléants, les membres du Comité consultatif et le Directeur de l'Institut ainsi que tout fonctionnaire de rang élevé agissant au nom du Directeur en son absence bénéficieront des privilèges et immunités, exonérations et facilités accordés aux chefs des missions diplomatiques ou aux membres desdites missions de rang comparable, à condition qu'ils ne soient ni des nationaux autrichiens ni des résidents permanents en République d'Autriche.

### Article 16

#### PERSONNALITÉS OFFICIELLES EN VISITE

(1) Les personnalités officielles en visite à l'Institut bénéficieront des privilèges et immunités ci-après :

(a) L'immunité de juridiction pour leurs paroles et écrits et pour tous les actes accomplis par elles dans l'exercice de leurs fonctions. Cette immunité persistera même après l'achèvement de leur mission;

(b) L'inviolabilité de tous leurs documents, données et papiers officiels;

(c) Immunité de saisie de leurs bagages personnels et officiels;

(d) La même protection et les mêmes facilités de rapatriement pour elles-mêmes et les membres de leur famille faisant partie de leur ménage que les membres des missions diplomatiques ou le personnel des chefs de missions diplomatiques accrédités en République d'Autriche en périodes de crise internationale; et

(e) Les facilités de change nécessaires au transfert de leurs émoluments et dépenses.

(2) Dans le cas où une forme d'impôt dépend de la résidence, les périodes durant lesquelles les personnes visées au paragraphe 1 peuvent être présentes sur le territoire de la République d'Autriche aux fins d'accomplissement de leurs fonctions ne seront pas considérées comme des périodes de résidence. En particulier, lesdites personnes seront exonérées d'impôts sur leurs émoluments et dépenses payés par l'Institut pendant lesdites périodes de mission ainsi que de toutes taxes touristiques.

### Article 17

#### NOTIFICATION DE NOMINATIONS, CARTES D'IDENTITÉ

(1) L'Institut communique aux autorités autrichiennes appropriées la liste du personnel de l'Institut et met périodiquement à jour ladite liste en tant que de besoin.

(2) La République d'Autriche délivre au personnel de l'Institut et aux membres de leur famille faisant partie de leur ménage une carte d'identité portant la photographie du titulaire, à condition que lesdites personnes ne soient ni des nationaux autrichiens ni des résidents permanents autrichiens. Cette carte sert à identifier le titulaire vis-à-vis des autorités autrichiennes appropriées.

(3) L'Institut peut délivrer à son personnel et aux membres de leur famille faisant partie de leur ménage qui sont des nationaux autrichiens ou des résidents permanents en Autriche une carte d'identité portant photographie du titulaire.

### Article 18

#### NATIONAUX AUTRICHIENS ET RÉSIDENTS PERMANENTS EN AUTRICHE

Les nationaux autrichiens et les personnes qui, au moment de leur entrée en fonction, sont des résidents permanents en Autriche, jouissent exclusivement des privilèges et immunités spécifiés dans les articles 12, 14, 1, *a, b, c*, et *d* et à l'article 16,

1, a, b et c, et, pour les nationaux autrichiens qui ne sont pas considérés comme des résidents en vertu de la législation fiscale autrichienne, dans l'article 16, 2.

### *Article 19*

#### OBJECTIF DES PRIVILÈGES ET IMMUNITÉS

(1) Les privilèges et immunités prévus dans le présent Accord ne sont pas conférés pour le bénéfice personnel des employés de l'Institut ou des personnalités officielles en visite à l'Institut. Ils sont accordés exclusivement dans le but d'assurer que l'Institut est capable en tout temps d'exercer ses activités officielles sans entrave et pour assurer la totale indépendance des personnes auxquelles ils sont accordés.

(2) Il appartient à l'Institut de lever les immunités toutes les fois qu'il considère qu'elles entravent le cours de la justice et qu'il est possible de les lever sans nuire aux intérêts de l'Institut.

### *Article 20*

#### RÈGLEMENT DES DIFFÉRENDS

Tout différend entre la République d'Autriche et l'Institut concernant l'interprétation ou l'application du présent Accord ou toute question affectant le siège ou les relations entre l'Institut et la République d'Autriche qui n'est pas réglé dans le cadre de négociations ou par d'autres modes de règlement convenus sera soumis à la décision finale d'un tribunal d'arbitrage composé de trois arbitres, dont un sera choisi par l'Institut, un autre par le Ministère fédéral des affaires étrangères de la République d'Autriche et le troisième, qui présidera le tribunal, par les deux autres arbitres. Si les deux premiers arbitres ne parviennent pas à s'entendre sur la désignation du troisième dans les six (6) mois suivant la date de leur désignation, le troisième arbitre sera choisi par le Président de la Cour internationale de Justice à la demande de la République d'Autriche ou de l'Institut.

### *Article 21*

#### ENTRÉE EN VIGUEUR

Le présent Accord entre en vigueur dès notification mutuelle par l'Institut et la République d'Autriche de l'achèvement des procédures requises par les deux Parties.

### *Article 22*

#### ORGANISATION LA PLUS FAVORISÉE

Si le Gouvernement autrichien conclut avec une organisation intergouvernementale ayant son siège en Autriche un accord contenant des clauses et conditions plus favorables à ladite organisation que les clauses et conditions correspondantes du présent Accord, le Gouvernement autrichien fera bénéficier l'Institut, au moyen d'un accord supplémentaire, de ces clauses et conditions plus favorables.

*Article 23*

## DURÉE

- (1) Le présent Accord entre en vigueur le 19 août 1994.
- (2) Le présent Accord prend fin à la résiliation de l'Accord portant création de l'Institut.

(3) Sous réserve du paragraphe 2 qui précède, jusqu'au cinquième anniversaire de la date à laquelle l'Accord portant création de l'Institut est entré en vigueur, il ne peut être mis fin au présent Accord que par voie d'un accord écrit entre l'Institut et la République d'Autriche. Par la suite, le présent Accord pourra être résilié à l'expiration des six (6) mois suivant la notification écrite de résiliation communiquée par une Partie à l'autre.

FAIT à Vienne, le 6 mars 1997, en langues allemande et anglaise, les deux textes faisant également foi.

Pour la République  
d'Autriche :

HANS DIETMAR SCHWEISGUT  
Ambassadeur  
Ministère fédéral des finances

Pour l'Institut conjoint  
de Vienne :

VINOD THOMAS  
Président Directeur général  
Institut conjoint de Vienne

## ANNEXE I

## ACCÈS AU MARCHÉ DU TRAVAIL

1. Les conjoints des membres du personnel de l'Institut et leurs enfants âgés de moins de 21 ans, à condition qu'ils soient venus en Autriche à des fins de réunion de la famille et font partie du ménage du principal titulaire de la carte d'identité attribuée en vertu de l'article 17, auront un accès préférentiel au marché du travail. Aux fins d'accès au marché du travail, la définition « personnel de l'Institut » contenue à l'article 1, *d*, est applicable exclusivement en raison de la structure spécifique de l'Institut conjoint de Vienne par opposition aux organisations intergouvernementales dont le siège est en Autriche. Lesdits membres de la famille sont ci-après nommés bénéficiaires.

2. A leur demande, les bénéficiaires susmentionnés se verront attribuer par le Ministère fédéral des affaires étrangères un certificat confirmant leur statut préférentiel en vertu du présent Accord. L'attribution dudit certificat ne dépendra pas d'une offre spécifique d'emploi. Le certificat sera valide sur tout le territoire autrichien et sa validité durera jusqu'à l'expiration de la carte d'identité.

3. Un permis d'emploi (« Beschäftigungsbewilligung ») sera délivré sur demande à l'employeur éventuel du bénéficiaire, à condition que ledit emploi ne touche pas un secteur du marché du travail ou une région subissant des problèmes d'emploi sérieux, selon la conclusion du service autrichien d'emploi public (« Arbeitsmarktservice »). Le permis d'emploi sera accordé même dans les cas où le nombre maximum de travailleurs étrangers fixé par la loi (« Bundeshächstzahl ») a été dépassé.

4. Le permis d'emploi sera attribué par le bureau régional du Service autrichien d'emploi public (« Arbeitsmarktservice ») compétent pour la région dans laquelle l'emploi est attribué; dans le cas d'un emploi qui ne serait pas limité à un lieu spécifique, la compétence du bureau régional sera déterminée par le siège de l'employeur.

5. Les enfants venus en Autriche avant l'âge de 21 ans aux fins d'être réunis avec leur famille et qui désirent trouver un emploi après avoir atteint 21 ans seront considérés comme bénéficiaires s'ils étaient personnes à charge du titulaire principal de la carte d'identité avant qu'ils atteignent l'âge de 21 ans et jusqu'au moment où ils ont pris un emploi. En ce qui concerne les autres personnes à charge, les règlements courants relatifs à l'accès des étrangers à l'emploi en Autriche seront appliqués.

6. Les dispositions susmentionnées concernant l'emploi ne s'appliqueront pas aux activités indépendantes. Pour ces dernières, les bénéficiaires devront remplir les conditions juridiques nécessaires à l'exercice d'activités indépendantes.



**ANNEX A**

*Ratifications, accessions, subsequent agreements, etc.,  
concerning treaties and international agreements  
registered  
with the Secretariat of the United Nations*

---

**ANNEXE A**

*Ratifications, adhésions, accords ultérieurs, etc.,  
concernant des traités et accords internationaux  
enregistrés  
au Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies*

## ANNEX A

## ANNEXE A

No. 7247. INTERNATIONAL CONVENTION FOR THE PROTECTION OF PERFORMERS, PRODUCERS OF PHONOGRAMS AND BROADCASTING ORGANISATIONS. DONE AT ROME, ON 26 OCTOBER 1961<sup>1</sup>

N° 7247. CONVENTION INTERNATIONALE SUR LA PROTECTION DES ARTISTES INTERPRÈTES OU EXÉCUTANTS, DES PRODUCTEURS DE PHONOGRAMMES ET DES ORGANISMES DE RADIODIFFUSION. FAITE À ROME, LE 26 OCTOBRE 1961<sup>1</sup>

## ACCESSION

*Instrument deposited on:*

2 December 1997

THE FORMER YUGOSLAV REPUBLIC OF MACEDONIA

(With effect from 2 March 1998.)

With the following reservations:

“1. According to the article 5, paragraph 3 of this Convention, the Republic of Macedonia shall not apply the criterion of publication, provided under Article 5, paragraph 1, (c).”

“2. According to the article 16, paragraph 1, (a), (i), of this Convention, the Republic of Macedonia shall not apply the provisions of the Article 12.”

*Registered ex officio on 2 December 1997.*

## ADHÉSION

*Instrument déposé le :*

2 décembre 1997

L'EX-RÉPUBLIQUE YOUGOSLAVE DE MACÉDOINE

(Avec effet au 2 mars 1998.)

Avec les réserves suivantes :

[TRADUCTION — TRANSLATION]

1. Conformément au paragraphe 3 de l'article 5 de la Convention, la République de Macédoine n'appliquera pas le critère de la publication prévu dans le paragraphe 1, alinéa c de l'article 5.

2. Conformément au paragraphe 1, alinéa a, i, de l'article 16 de la Convention, la République de Macédoine n'appliquera pas les dispositions de l'article 12.

*Enregistré d'office le 2 décembre 1997.*

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 496, p. 43; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 7, 8, 10 to 19, 23 and 24, as well as annex A in volumes 1406, 1429, 1439, 1458, 1465, 1484, 1539, 1541, 1547, 1548, 1647, 1656, 1678, 1691, 1723, 1725, 1726, 1728, 1731, 1736, 1747, 1764, 1771, 1832, 1865, 1887, 1894, 1899, 1921, 1929, 1966, 1971 and 1976.

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 496, p. 43; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 7, 8, 10 à 19, 23 et 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1406, 1429, 1439, 1458, 1465, 1484, 1539, 1541, 1547, 1548, 1647, 1656, 1678, 1691, 1723, 1725, 1726, 1728, 1731, 1736, 1747, 1764, 1771, 1832, 1865, 1887, 1894, 1899, 1921, 1929, 1966, 1971 et 1976.



No. 12430. CONVENTION FOR THE PROTECTION OF PRODUCERS OF PHONOGRAMS AGAINST UNAUTHORIZED DUPLICATION OF THEIR PHONOGRAMS. DONE AT GENEVA ON 29 OCTOBER 1971<sup>1</sup>

N° 12430. CONVENTION POUR LA PROTECTION DES PRODUCTEURS DE PHONOGRAMMES CONTRE LA REPRODUCTION NON AUTORISÉE DE LEURS PHONOGRAMMES. EN DATE À GENÈVE DU 29 OCTOBRE 1971<sup>1</sup>

---

ACCESSION

*Instrument deposited on:*

2 December 1997

THE FORMER YUGOSLAV REPUBLIC OF  
MACEDONIA

(With effect from 2 March 1997.)

*Registered ex officio on 2 December 1997.*

---

ADHÉSION

*Instrument déposé le :*

2 décembre 1997

L'EX-RÉPUBLIQUE YUGOSLAVE DE MA-  
CÉDOINE

(Avec effet au 2 mars 1997.)

*Enregistré d'office le 2 décembre 1997.*

---

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 866, p. 67; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 14 to 20, and 22 to 24, as well as annex A in volumes 1484, 1508, 1548, 1702, 1725, 1726, 1736, 1739, 1747, 1764, 1843, 1865, 1929, 1976, 1979 and 1980.

---

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 866, p. 67; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 14 à 20, et 22 à 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1484, 1508, 1548, 1702, 1725, 1726, 1736, 1739, 1747, 1764, 1843, 1865, 1929, 1976, 1979 et 1980.

No. 14583. CONVENTION ON WETLANDS OF INTERNATIONAL IMPORTANCE ESPECIALLY AS WATERFOWL HABITAT. CONCLUDED AT RAMSAR, IRAN, ON 2 FEBRUARY 1971<sup>1</sup>

N° 14583. CONVENTION RELATIVE AUX ZONES HUMIDES D'IMPORTANCE INTERNATIONALE PARTICULIÈREMENT COMME HABITATS DES OISEAUX D'EAU [ANTÉRIEUREMENT À L'AMENDÉMENT PAR PROTOCOLE DU 3 DÉCEMBRE 1982 — PRIOR TO THE AMENDMENT BY PROTOCOL OF 2 DECEMBER 1982 : « CONVENTION RELATIVE AUX ZONES HUMIDES D'IMPORTANCE INTERNATIONALE PARTICULIÈREMENT COMME HABITATS DE LA SAUVAGINE »]. CONCLUE À RAMSAR (IRAN) LE 2 FÉVRIER 1971<sup>1</sup>

ACCESSION to the above-mentioned Convention, as amended by the Protocol of 3 December 1982<sup>2</sup>

*Instrument deposited with the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization on:*

27 October 1997

BAHRAIN

(With effect from 27 February 1998.)

*Certified statement was registered by the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization on 5 December 1997.*

ADHÉSION à la Convention susmentionnée, telle qu'amendée par le Protocole du 3 décembre 1982<sup>2</sup>

*Instrument déposé auprès du Directeur général de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture le :*

27 octobre 1997

BAHREÏN

(Avec effet au 27 février 1998.)

*La déclaration certifiée a été enregistrée par l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture le 5 décembre 1997.*

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 996, p. 245, vol. 1437 (rectification of authentic French text); for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 16 to 24, as well as annex A in volumes 1405, 1422, 1436, 1437, 1455, 1456, 1465, 1466, 1480, 1494, 1498, 1501, 1509, 1514, 1518, 1523, 1540, 1568, 1576, 1579, 1589, 1601, 1641, 1649, 1650, 1662, 1668, 1672, 1676, 1678, 1699, 1705, 1714, 1720, 1722, 1724, 1727, 1733, 1747, 1775, 1820, 1824, 1828, 1843, 1860, 1870, 1885, 1887, 1890, 1903, 1917, 1926, 1949, 1965, 1969, 1973, 1984, 1988 and 1991.

<sup>2</sup> *Ibid.*, vol. 1437, p. 344, and annex A in volumes 1455, 1456, 1465, 1480, 1509, 1514, 1518, 1523, 1540, 1576, 1589, 1668, 1672, 1705, 1747, 1775, 1860, 1870, 1885, 1887, 1903, 1926, 1949, 1965, 1969, 1973 and 1991.

<sup>3</sup> *Ibid.*, vol. 1824, No. I-14583, and annex A in volumes 1860, 1870, 1885, 1887, 1890, 1903, 1917, 1949, 1969, 1973 and 1991.

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 996, p. 245, vol. 1437 (rectification du texte authentique français); pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 16 à 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1405, 1422, 1436, 1437, 1455, 1456, 1465, 1466, 1480, 1494, 1498, 1501, 1509, 1514, 1518, 1523, 1540, 1568, 1576, 1579, 1589, 1601, 1641, 1649, 1650, 1662, 1668, 1672, 1676, 1678, 1699, 1705, 1714, 1720, 1722, 1724, 1727, 1733, 1747, 1775, 1820, 1824, 1828, 1843, 1860, 1870, 1885, 1887, 1890, 1903, 1917, 1926, 1949, 1965, 1969, 1973, 1984, 1988 et 1991.

<sup>2</sup> *Ibid.*, vol. 1437, p. 344, et annexe A des volumes 1455, 1456, 1465, 1480, 1509, 1514, 1518, 1523, 1540, 1576, 1589, 1668, 1672, 1705, 1747, 1775, 1860, 1870, 1885, 1887, 1903, 1926, 1949, 1965, 1969, 1973 et 1991.

<sup>3</sup> *Ibid.*, vol. 1824, n° I-14583, et annexe A des volumes 1860, 1870, 1885, 1887, 1890, 1903, 1917, 1949, 1969, 1973 et 1991.

ACCEPTANCE of amendments to articles 6 and 7 of 28 May 1987<sup>3</sup>

*Instrument deposited with the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization on:*

27 October 1997

BAHRAIN

(With effect from 27 February 1998.)

*Certified statement was registered by the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization on 5 December 1997.*

ACCEPTATION des amendements aux articles 6 et 7 en date du 28 mai 1987<sup>3</sup>

*Instrument déposé auprès du Directeur général de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture le :*

27 octobre 1997

BAHREÏN

(Avec effet au 27 février 1998.)

*La déclaration certifiée a été enregistrée par l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture le 5 décembre 1997.*

No. 15511. CONVENTION FOR THE PROTECTION OF THE WORLD CULTURAL AND NATURAL HERITAGE. ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE UNITED NATIONS EDUCATIONAL, SCIENTIFIC AND CULTURAL ORGANIZATION AT ITS SEVENTEENTH SESSION, PARIS, 16 NOVEMBER 1972<sup>1</sup>

N° 15511. CONVENTION POUR LA PROTECTION DU PATRIMOINE MONDIAL, CULTUREL ET NATUREL. ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION DES NATIONS UNIES POUR L'ÉDUCATION, LA SCIENCE ET LA CULTURE À SA DIX-SEPTIÈME SESSION, PARIS, 16 NOVEMBRE 1972<sup>1</sup>

---

#### ACCEPTANCE

*Instrument deposited with the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization on:*

23 October 1997

SURINAME

(With effect from 23 January 1998.)

*Certified statement was registered by the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization on 5 December 1997.*

---

#### ACCEPTATION

*Instrument déposé auprès du Directeur général de l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture le :*

23 octobre 1997

SURINAME

(Avec effet au 23 janvier 1998.)

*La déclaration certifiée a été enregistrée par l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture le 5 décembre 1997.*

---

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1037, p. 151; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 17 to 24, as well as annex A in volumes 1405, 1408, 1417, 1428, 1436, 1455, 1457, 1460, 1463, 1480, 1484, 1487, 1491, 1507, 1518, 1523, 1526, 1540, 1562, 1568, 1583, 1589, 1641, 1651, 1653, 1656, 1658, 1672, 1678, 1679, 1689, 1693, 1696, 1699, 1705, 1720, 1749, 1753, 1762, 1776, 1787, 1843, 1851, 1864, 1887, 1890, 1901, 1908, 1926, 1936, 1981, 1984 and 1988.

---

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1037, p. 151; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 17 à 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1405, 1408, 1417, 1428, 1436, 1455, 1457, 1460, 1463, 1480, 1484, 1487, 1491, 1507, 1518, 1523, 1526, 1540, 1562, 1568, 1583, 1589, 1641, 1651, 1653, 1656, 1658, 1672, 1678, 1679, 1689, 1693, 1696, 1699, 1705, 1720, 1749, 1753, 1762, 1776, 1787, 1843, 1851, 1864, 1887, 1890, 1901, 1908, 1926, 1936, 1981, 1984 et 1988.

No. 20618. BASIC AGREEMENT BETWEEN THE UNITED NATIONS CHILDREN'S FUND AND THE FEDERAL MILITARY GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF NIGERIA. SIGNED AT LAGOS ON 9 APRIL 1979<sup>1</sup>

N° 20618. ACCORD DE BASE ENTRE LE FONDS DES NATIONS UNIES POUR L'ENFANCE ET LE GOUVERNEMENT FÉDÉRAL MILITAIRE DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE DU NIGÉRIA. SIGNÉ À LAGOS LE 9 AVRIL 1979<sup>1</sup>

---

#### TERMINATION

The above-mentioned Agreement ceased to have effect on 2 December 1997, the date of entry into force of the Standard Basic Cooperation Agreement between the United Nations Children's Fund and the Government of the Federal Republic of Nigeria signed at Abuja on 2 December 1997, in accordance with article XXIII (2) of the latter Agreement.<sup>2</sup>

*Registered ex officio on 2 December 1997.*

---

#### ABROGATION

L'Accord susmentionné a cessé d'avoir effet le 2 décembre 1997, date de l'entrée en vigueur de l'Accord de base type relatif à la coopération entre le Fonds des Nations Unies pour l'enfance et le Gouvernement de la République fédérale du Nigéria signé à Abuja le 2 décembre 1997, conformément au paragraphe 2 de l'article XXIII de ce dernier Accord<sup>2</sup>.

*Enregistré d'office le 2 décembre 1997.*

---

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1257, p. 23.

<sup>2</sup> See p. 53 of this volume.

---

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1257, p. 23.

<sup>2</sup> Voir p. 53 du présent volume.

N° 21785. ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE ET LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE CONCERNANT LA PÊCHE DANS LE LAC LÉMAN. SIGNÉ À BERNE LE 20 NOVEMBRE 1980<sup>1</sup>

ECHANGE DE NOTES CONSTITUANT UN ACCORD PORTANT MODIFICATION DU RÈGLEMENT D'APPLICATION DE L'ACCORD SUSMENTIONNÉ (AVEC PLAN D'AMÉNAGEMENT ET RÈGLEMENT). PARIS, 7 ET 17 NOVEMBRE 1995

Entré en vigueur le 17 novembre 1995, conformément aux dispositions desdites notes.

*Texte authentique : français.*

*Enregistré par la France le 2 décembre 1997.*

I

RÉPUBLIQUE FRANÇAISE  
MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

N° 2761 DE/ECS

Le Ministère des Affaires étrangères - Direction des Affaires économiques et financières - présente ses compliments à l'Ambassade de Suisse et à l'honneur de se référer à l'Accord du 20 novembre 1980 entre le Conseil fédéral Suisse et le Gouvernement de la République française concernant la pêche dans le lac Léman.

Lors de ses délibérations du 17 mars 1995, la Commission consultative pour la pêche dans le lac Léman a, conformément à l'article 7 de l'Accord, adopté un avis proposant de modifier le règlement d'application de l'Accord. Elle a également proposé un Plan d'aménagement piscicole quinquennal (1er janvier 1996 - 31 décembre 2000) relatif à l'Accord.

Les articles 3 et 4 de l'accord prévoient que ces deux textes, dont vous trouverez copie ci-joint, fassent l'objet d'un échange de notes entre les Parties contractantes.

La présente note et celle que l'Ambassade voudra bien adresser au Ministère constitueront l'accord des deux Gouvernements sur le règlement d'application de l'Accord et le Plan d'aménagement piscicole./.

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1306, p. 337, et annexe A des volumes I483, 1506 et I596.

Le Ministère des Affaires étrangères - Direction des Affaires économiques et financières - saisit cette occasion pour renouveler à l'Ambassade de Suisse les assurances de sa haute considération.

Paris, le 7 novembre 1995

## ANNEXE 4

## COMMISSION FRANCO-SUISSE POUR LA PÊCHE DANS LE LAC LÉMAN

Procès-verbal de la séance du 17 mars 1995  
portant proposition d'un

**Règlement d'application de l'Accord  
entre le Conseil fédéral suisse et le  
Gouvernement de la République française  
concernant la pêche dans le Lac Léman**

**Article premier** Limite entre le lac, ses affluents et son émissaire

<sup>1</sup> La limite entre le lac et le Rhône émissaire est le côté amont du pont du Mont-Blanc à Genève.

<sup>2</sup> La limite entre le lac et ses affluents est le prolongement des rives naturelles du lac.

**Article 2** Zones de protection

<sup>1</sup> Les autorités compétentes des deux Etats (ci-après désignées par "autorités compétentes") définissent les zones de protection :

- a) dans lesquelles la pêche est interdite durant tout ou partie de l'année
- b) dans lesquelles l'habitat du poisson, notamment les lieux qui présentent une importance particulière pour sa reproduction et son développement, doit être protégé de toute influence nocive.

<sup>2</sup> Il est interdit de pêcher à l'intérieur des roselières et des réserves naturelles.

**Article 3** Engins et moyens de pêche des pêcheurs professionnels

<sup>1</sup> Chaque Etat définit les engins autorisés pour la pêche professionnelle sur son territoire. Toutefois, l'utilisation de nouveaux types d'engins ou l'augmentation de la capacité pêchante des engins en usage lors de la mise en application du présent règlement doit être soumise à l'avis préalable de la commission consultative.

<sup>2</sup> Les mesures des mailles doivent être effectuées à l'aide d'un instrument gradué en millimètres. Les longueurs calculées à partir des mesures définies ci-dessous ne doivent pas être inférieures au minimum autorisé.

<sup>3</sup> Les seules mailles autorisées pour les filets sont des mailles carrées ou losangiques. La vérification des dimensions des mailles des filets doit être faite sur des engins préalablement mouillés par séjour dans l'eau. La maille du filet est tendue dans le sens de la longueur, sans être étirée, et mesurée entre noeuds extrêmes, successivement dans cinq mailles contiguës; chaque



résultat est divisé par deux. Cette opération est effectuée à deux endroits différents dans le filet. La moyenne de ces dix mesures représente la dimension de la maille du filet.

<sup>4</sup> Pour les nasses à mailles carrées, rectangulaires ou hexagonales, est mesurée la distance la plus courte, épaisseur des fils non comprise, entre deux côtés parallèles du grillage, et ceci successivement dans dix mailles contiguës. La moyenne de ces dix mesures représente la dimension de la maille de la nasse.

#### Article 4 Moyens de pêche des pêcheurs amateurs

Les seuls moyens de pêche que peuvent utiliser les pêcheurs amateurs sont :

- a) trois lignes au choix parmi les suivantes, qui ne peuvent être utilisées qu'à partir du bord ou d'une embarcation immobile : ligne flottante, ligne au lancer, ligne plongeante ou plombée ordinaire, gambe ou plombier, ces lignes étant pourvues chacune au maximum de six hameçons mesurant au plus 15 mm entre la pointe et la tige, quel que soit le nombre de pointes;
- b) quatre lignes traînantes ou traînes ou traîneaux par embarcation, munies au maximum de vingt leurres portant chacun au maximum deux hameçons simples, doubles ou triples;
- c) la filoche ou épuisette, d'un diamètre maximum de 75 cm, utilisable seulement pour retirer de l'eau des poissons déjà ferrés ou pour pêcher des amorces à usage personnel;
- d) deux bouteilles à vairons ou gobe-mouches d'une capacité unitaire d'un maximum de trois litres utilisables pour pêcher des amorces à usage personnel;
- e) 6 balances à écrevisses d'un diamètre de 30 cm au maximum.

#### Article 5 Engins et moyens prohibés

Il est interdit de pêcher à la main et d'utiliser, pour l'exercice de la pêche

- a) des matières destinées à étourdir les poissons, des explosifs, des matières toxiques ou le courant électrique;
- b) des armes à feu;
- c) des engins servant à harponner ou blesser les poissons;
- d) des lacets;
- e) des produits chimiques ou des moyens optiques ou acoustiques, servant à attirer les poissons;
- f) des engins de plongée subaquatique.

#### Article 6 Appareils prohibés

Il est interdit de détenir tout appareil de sondage par ondes ou sonar sur un bateau utilisé pour la pêche à la monte ou à la grande senne, ou sur un bateau qui participe à cette pêche.

#### Article 7 Taille minimale des poissons

<sup>1</sup> La taille du poisson est mesurée du bout du museau à l'extrémité de la nageoire caudale normalement déployée.

<sup>2</sup> Les poissons désignés ci-après ne peuvent être capturés que s'ils ont atteint la taille minimale suivante :

- a) truites de lac et de rivière (*Salmo trutta*) ..... 35 cm;
- b) omble chevalier (*Salvelinus alpinus*) ..... 27 cm;
- c) ombre commun (*Thymallus thymallus*) ..... 30 cm;
- d) corégone (*Coregonus sp.*) ..... 30 cm;
- e) brochet (*Esox lucius*) ..... 50 cm;
- f) perche (*Perca fluviatilis*) ..... 15 cm;

<sup>3</sup> Tout poisson n'ayant pas atteint la taille minimale doit être immédiatement et soigneusement remis à l'eau. Les dispositions particulières concernant la destination des perches capturées par les pêcheurs amateurs sont toutefois précisées dans le plan d'aménagement.

<sup>4</sup> La pêche des écrevisses européennes à pattes blanches (*Austropotamobius pallipes*) et à pattes rouges (*Astacus astacus*) est interdite.

#### Article 8 Période de protection du poisson

<sup>1</sup> La pêche des espèces mentionnées ci-dessous est interdite pendant les périodes suivantes :

- a) salmonidés : truites (*Salmo trutta*), de mi-octobre à mi-janvier,  
omble chevalier (*Salvelinus alpinus*) et  
corégone (*Coregonus sp.*)
- b) ombre commun (*Thymallus thymallus*) du 1er mars au 14 mai;
- c) brochet (*Esox lucius*) du 1er avril au 10 mai;

<sup>2</sup> Les autorités compétentes fixent, sur proposition de la commission consultative, la date précise du début et de la fin de la période de protection des salmonidés en tenant compte du comptage ornithologique international. La période de protection doit comprendre au minimum 89 jours consécutifs.

<sup>3</sup> Les engins des pêcheurs professionnels destinés à la capture des salmonidés peuvent encore être relevés le premier jour de la période de protection des salmonidés; les salmonidés capturés peuvent être ramenés à terre.

<sup>4</sup> Tout poisson pêché pendant sa période de protection doit être immédiatement et soigneusement remis à l'eau.

<sup>5</sup> Pendant la période de protection des salmonidés, la pêche à la traîne est interdite

<sup>6</sup> La pêche de géniteurs pour les besoins du repeuplement peut toutefois être exercée durant les périodes de protection, sous la responsabilité des autorités compétentes.

#### Article 9 Dérogations

<sup>1</sup> Les autorités compétentes peuvent, d'un commun accord et à titre exceptionnel, autoriser sous leur contrôle des dérogations au présent règlement dans les cas suivants :

- a) de mesures visant à rétablir un équilibre entre les espèces de poissons;
- b) d'autres mesures qui se justifient du point de vue écologique ou qui sont destinées à assurer une gestion rationnelle des ressources piscicoles.

<sup>2</sup> Les autorités compétentes peuvent, à titre exceptionnel, déroger au présent règlement pour les nécessités d'études scientifiques.

**Article 10**            Clause abrogatoire

Ce règlement abroge et remplace le règlement du 17 novembre 1989:

Approuvé par la Commission consultative

Lausanne, le 17 mars 1995

## ANNEXE 5

## COMMISSION FRANCO-SUISSE POUR LA PÊCHE DANS LE LAC LÉMAN

Procès-verbal de la séance du 17 mars 1995  
portant proposition d'un

**Plan d'aménagement piscicole quinquennal relatif à l'Accord entre le  
Conseil fédéral suisse et  
le Gouvernement de la République française  
concernant la pêche dans le Lac Léman  
(1er janvier 1996 - 31 décembre 2000)**

La commission consultative pour la pêche dans le Lac Léman,  
considérant:

que l'avenir de chaque espèce de poissons doit être assurée par le maintien d'un nombre suffisant de poissons ayant atteint la taille de reproduction,

que la pression de la pêche doit être réglée de manière à disposer de plusieurs classes d'âges pêchables,

que la pêche exercée par les pêcheurs amateurs doit être prise en considération dans l'estimation de l'effort de pêche,

que cette pêche doit rester strictement sportive, sans finalité de commercialisation du poisson et que le nombre de poissons capturés doit être limité au besoin d'une consommation familiale,

qu'il convient de tenir compte des engins actuellement utilisés dans la mesure où les principes de gestion énoncés plus haut et les buts fixés à l'article 2 de l'accord ne sont pas fondamentalement remis en cause,

vu l'article 4 de l'accord,

propose les dispositions suivantes:

**Chapitre I  
Gestion de la perche**

**Article premier** Filets (meniers à perches)

<sup>1</sup> Pour la capture de la perche, les pêcheurs professionnels sont autorisés à utiliser au maximum dix filets (meniers à perches) dont la maille est comprise entre 23 mm et 32 mm. Seuls six de ces filets peuvent avoir une maille inférieure à 26 mm. Ces filets peuvent avoir au maximum 100 m de longueur et 2 m de hauteur. Un filet de 100 m de longueur peut être remplacé par deux filets de 50 m de longueur. Les restrictions suivantes sont par ailleurs applicables:

- a) du 1<sup>er</sup> avril au 30 avril ainsi que du 1<sup>er</sup> juin au 31 octobre, ces filets ne peuvent être tendus à plus de 35 m de profondeur;
- b) du 1<sup>er</sup> novembre au 31 mars, ces filets ne peuvent être tendus à plus de 45 m de profondeur;
- c) du 1<sup>er</sup> avril au 30 avril, seuls quatre de ces filets peuvent être tendus à moins de 15 m de profondeur;
- d) l'usage de ces filets est interdit du 1<sup>er</sup> mai au 31 mai.

<sup>2</sup> Dans des zones bien délimitées, les Etats peuvent, d'un commun accord, déroger aux dispositions de l'alinéa 1, lettres a) et b) du présent article, à condition que toutes les mesures pour préserver les salmonidés soient prises.

## Article 2 Monte

<sup>1</sup> Les bras de la monte ne doivent pas avoir plus de 100 m de longueur chacun et plus de 20 m de hauteur, le sac plus de 20 m de profondeur.

<sup>2</sup> La dimension de la maille du sac de la monte doit être de 23 mm au minimum.

<sup>3</sup> L'usage de la monte est réglé comme suit:

- a) il n'est autorisé que du lundi au samedi à 12 heures;
- b) il est interdit du 1<sup>er</sup> novembre au 31 mai; les autorités compétentes des deux Etats (ci-après désignées par "les autorités compétentes") peuvent toutefois autoriser l'usage de la monte du 1<sup>er</sup> avril au 30 avril dans les zones où le fond est particulièrement en pente;
- c) il est interdit en tout temps dans les zones du lac dont la profondeur dépasse 35 m;
- d) le sac de la monte ne peut être relevé sur le bateau qu'après criblage de tout le poisson pouvant traverser les mailles.

## Article 3 Nasses

<sup>1</sup> Les pêcheurs professionnels sont autorisés à utiliser au maximum six nasses de 23 mm de maille au minimum.

<sup>2</sup> Du 1<sup>er</sup> mai au 31 mai, une seule nasse peut être utilisée par pêcheur.

<sup>3</sup> Le volume d'une nasse ne peut être supérieur à 4 m<sup>3</sup>, système d'entrée (goléron) compris.

## Article 4 Lignes

Du 1<sup>er</sup> mai au 31 mai, la pêche de la perche au moyen de lignes est interdite.

## Article 5 Limitation de prises pour les pêcheurs amateurs

<sup>1</sup> Les prises des pêcheurs amateurs sont limitées à 80 perches par jour et par pêcheur.

<sup>2</sup> Toute perche capturée par les pêcheurs amateurs doit être conservée et ne peut en aucun cas être remise à l'eau, même si sa taille est inférieure à 15 cm.

#### Article 6                    Principe de gestion ajustée

Les autorités compétentes évaluent l'importance des populations de perches ainsi que l'âge et la croissance des perches. Sur cette base, elles peuvent prendre, d'un commun accord, des mesures destinées à limiter la pression de pêche sur la perche, notamment en augmentant la dimension des perches pêchées.

### Chapitre II Gestion des salmonidés (en général)

#### Article 7                    Grands pics

<sup>1</sup> Les pêcheurs professionnels sont autorisés à utiliser au maximum huit grands pics de 120 m de longueur sur 20 m de hauteur au maximum, à mailles de 48 mm au minimum.

<sup>2</sup> L'usage du grand pic est réglé comme suit:

- a) il est interdit durant la période de protection des salmonidés;
- b) il n'est autorisé que dans les zones du lac dont la profondeur dépasse 30 m;
- c) cet engin ne peut pas être tendu le soir avant 16.00 h ni relevé le matin après 10.00 h.

#### Article 8                    Grande senne (grand filet)

<sup>1</sup> Les bras de la grande senne ne doivent pas avoir plus de 120 m de longueur, et plus de 40 m de hauteur, le sac plus de 25 m de profondeur. Les mailles doivent être de 35 mm au minimum pour le sac et de 40 mm au minimum pour les bras.

<sup>2</sup> L'emploi de la grande senne est interdit :

- a) pendant la période de fermeture de la pêche des salmonidés;
- b) de la date d'ouverture de la pêche des salmonidés au 31 janvier, sur les omblières;
- c) du 15 avril au 30 juin, à moins de 100 m de la rive et dans les eaux de moins de 30 m de profondeur.

<sup>3</sup> Il est interdit d'ancrer la grande senne à plus de 1000 m de la rive

<sup>4</sup> L'utilisation de la grande senne est autorisée du lundi au samedi à 12 heures.

<sup>5</sup> Le fond du sac ne peut être relevé sur le bateau qu'après criblage de tous les poissons pouvant traverser la maille.

### Chapitre III Gestion des truites

#### Article 9                   Filets

<sup>1</sup> Les pêcheurs professionnels sont autorisés à utiliser au maximum trois filets à truites de 48 mm de maille au minimum et de 100 m de longueur sur 3 m de hauteur au maximum.

<sup>2</sup> Ces filets sont autorisés dès la date d'ouverture de la pêche des salmonidés jusqu'au 31 mars. Ils peuvent être tendus à fleur d'eau. Ils doivent être tendus après 16 heures et levés avant 9 heures. Ils doivent être ancrés.

#### Article 10                Limitation de prises pour les pêcheurs amateurs

Les prises des pêcheurs amateurs sont limitées à huit truites par jour et 250 truites par année et par pêcheur

### Chapitre IV Gestion de l'omble et des autres espèces

#### Article 11               Filets

<sup>1</sup> Les pêcheurs professionnels sont autorisés à utiliser 10 filets de 32 mm de maille au minimum, dont la hauteur est de 4,20 m au maximum et la longueur de 100 m au maximum, ainsi que 4 filets de 40 mm de maille au minimum, dont la hauteur est de 8 m au maximum et la longueur de 100 m au maximum.

<sup>2</sup> A la place des filets cités à l'alinéa précédent du présent article, chaque pêcheur professionnel suisse peut opter pour l'usage de 30 filets de 32 mm de maille au minimum, dont la hauteur est de 2 m au maximum et la longueur de 100 m au maximum.

<sup>3</sup> Ces filets doivent être tendus de fond et avec un minimum de 2 m de hauteur d'eau libre au-dessus de la ralingue supérieure.

<sup>4</sup> L'usage de ces filets est interdit durant la période de fermeture des salmonidés.

#### Article 12                Limitation de prises pour les pêcheurs amateurs

Les prises des pêcheurs amateurs sont limitées à dix ombles par jour et à 250 ombles par année et par pêcheur.

## Chapitre V Gestion des écrevisses

### Article 13 Balances

<sup>1</sup> Le titulaire d'un permis de pêche est autorisé à utiliser au maximum 6 balances à écrevisses de 30 cm de diamètre au maximum, sous son contrôle permanent.

### Article 14 Casiers ou nasses à écrevisses

Le titulaire d'un permis de pêche professionnelle est autorisé à utiliser 6 casiers ou nasses à écrevisses d'un volume unitaire de 100 litres au maximum, comprenant une ou deux entrées, pour la capture des écrevisses.

### Article 15 Transport des écrevisses pêchées

Les écrevisses pêchées dans le lac Léman ne peuvent pas être transportées vivantes hors du plan d'eau.

## Chapitre VI Signalisation des engins

### Article 16 Généralités

Tout engin de pêche posé ou tendu dans l'eau doit être muni d'un insigne flottant portant une marque qui permette d'identifier le titulaire du permis.

### Article 17 Grands pics

Les pics doivent être signalés à une extrémité de la couble par un fanion noir de 0,40 m de largeur et de 0,70 m de hauteur, émergeant de 1,40 m au moins, à l'autre extrémité par un feu ordinaire fixe blanc. En cas d'accouplement de plus de huit pics, un feu sera placé à chaque extrémité.

### Article 18 Filets à truites

Les filets à truites doivent être signalés à chaque extrémité de la couble de la manière suivante:

- a) un feu ordinaire fixe blanc;
- b) un flotteur surmonté d'un fanion jaune qui sera placé, sur l'axe du filet, à une distance comprise entre 5 et 10 m du feu; les dimensions du fanion seront au minimum de 0,40 m de largeur et de 0,70 m de hauteur. La bordure supérieure du fanion devra être de 1,40 m au moins au-dessus de l'eau et sera tendue perpendiculairement à la hampe;
- c) les flotteurs peuvent être laissés en place pendant la journée mais le fanion jaune doit être maintenu comme signalisation.

### Article 19 Petits filets

Les filets dormants tendus au-delà du mont seront signalés par des flotteurs surmontés de fanions, placés à 0,60 m minimum au-dessus du niveau de l'eau, rouge côté terre et noir côté large. Toutefois, à l'ouest de la ligne Yvoire Promenthouse, les autorités compétentes peuvent autoriser le remplacement des fanions par un drapeau rouge de 1,0 m de côté, côté terre.



**Article 20** Nasses

Toute nasse sera signalée par un flotteur blanc surmonté d'un fanion blanc émergeant de 0,30 m au moins. Les autorités compétentes peuvent prévoir des dérogations pour les nasses posées dans les ports.

**Article 21** Casiers ou nasses à écrevisses

Tout casier ou nasse à écrevisses doit être signalé par un flotteur blanc surmonté d'un fanion jaune émergeant de 0,30 m au moins. Toutefois, les couples de 6 casiers peuvent être signalés par une seule marque.

## Chapitre VII

### Horaires de pêche

**Article 22** Pêcheurs amateurs

Les pêcheurs amateurs ne peuvent pêcher plus d'une demi-heure avant le lever du soleil, ni plus d'une demi-heure après le coucher du soleil.

**Article 23** Pêcheurs professionnels

<sup>1</sup> Les heures pendant lesquelles la pêche professionnelle est ouverte et où il est notamment permis de tendre, de poser ou de relever des filets et des nasses sont les suivantes :

pendant l'heure d'hiver	pendant l'heure d'été
de 6.30 h à 18.00 h en janvier	-
de 6.00 h à 18.45 h en février	-
de 5.30 h à 19.30 h en mars	de 6.30 h à 20.30 h en mars
-	de 6.00 h à 21.00 h en avril
-	de 5.15 h à 21.45 h en mai
-	de 5.00 h à 22.15 h en juin
-	de 5.15 h à 22.00 h en juillet
-	de 5.45 h à 21.30 h en août
de 5.00 h à 19.30 h en septembre	de 6.00 h à 20.30 h en septembre
de 5.15 h à 18.30 h en octobre	de 6.15 h à 19.30 h en octobre
de 5.45 h à 17.45 h en novembre	-
de 6.30 h à 17.30 h en décembre	-

<sup>2</sup> La circulation sur le lac est autorisée une demi-heure avant l'heure d'ouverture pour autant que les filets soient secs.

<sup>3</sup> Par dérogation, les grands pics peuvent être levés une heure avant l'heure d'ouverture.

<sup>4</sup> Par dérogation pendant les mois de juin, juillet, août et septembre, la pose des filets à perches à mailles inférieures à 32 mm est autorisée une heure et demie avant l'heure d'ouverture.

<sup>5</sup> La circulation sur le lac demeure autorisée une demi-heure après l'heure de fermeture pour le transport des engins, des filets ou des poissons.

**Chapitre VIII****Attribution des autorisations de pêche professionnelle****Article 24**            Conditions

Les autorisations de pêche professionnelle ne peuvent être attribuées qu'aux personnes :

- a) domiciliées dans l'Etat où la demande est présentée;
- b) pratiquant la pêche personnellement pour leur propre compte et comme métier principal;
- c) n'étant pas déjà bénéficiaires d'une telle autorisation pour des eaux autres que le Léman.

**Article 25**            Nombre

<sup>1</sup> Le nombre d'autorisations de pêche professionnelle est plafonné à :

- a) 107 pour la Suisse;
- b) 70 pour la France.

<sup>2</sup> Les licences de petite pêche en France et les permis 1<sup>re</sup> classe spécial en Suisse sont pris en compte dans ces quotas. Trois de ces permis sont considérés comme équivalents à une autorisation délivrée à un pêcheur professionnel.

**Chapitre IX****Recherches, mesure de réempoissonnement et statistiques****Article 26**            Statistiques et contrôle des prises

<sup>1</sup> Tout pêcheur professionnel est tenu de remplir le jour même la formule officielle de statistiques.

<sup>2</sup> Chaque Etat définit les catégories de pêcheurs amateurs qui sont tenus de remplir un carnet de contrôle précisant le nombre et le poids des captures par espèces.

**Article 27**            Repeuplement

<sup>1</sup> Chaque Etat encourage des immersions de poissons destinés à assurer un peuplement optimal du lac. Celles-ci sont effectuées afin d'assurer une gestion rationnelle des ressources piscicoles dans le respect des équilibres biologiques.

<sup>2</sup> Les poissons utilisés à cet effet seront issus de géniteurs autochtones; 80 pour cent au moins des oeufs récoltés sur les géniteurs du lac seront utilisés à l'alevinage de celui-ci ou de ses affluents.

<sup>3</sup> Les objectifs du plan de repeuplement annuel sont les suivants:

- a) corégone: 50 000 000 d'alevins;
- b) omble: 1 200 000 estivaux;
- c) truite lacustre: 500 000 estivaux.

Ces objectifs sont à réaliser à raison d'une moitié par Etat.

<sup>4</sup> Le repeuplement en ombles et truites lacustres peut se faire par des préestivaux, les estivaux équivalant à 2 préestivaux. Sont considérés comme estivaux les poissons immergés dès le 1er juillet ou dont la longueur atteint ou dépasse 5 cm.

#### Article 28 Drogations

<sup>1</sup> Les autorités compétentes peuvent, d'un commun accord et à titre exceptionnel, autoriser sous leur contrôle des dérogations au présent plan d'aménagement dans les cas suivants :

- a) de mesures visant à rétablir un équilibre entre les espèces de poissons;
- b) d'autres mesures qui se justifient du point de vue écologique ou qui sont destinées à assurer une gestion rationnelle des ressources piscicoles.

<sup>2</sup> Les autorités compétentes peuvent, à titre exceptionnel, déroger au présent plan d'aménagement pour les nécessités d'études scientifiques.

#### Article 29 Rapport annuel

Un rapport sur l'application du plan d'aménagement piscicole est présenté annuellement à la commission.

Approuvé par la Commission consultative

Lausanne, le 17 mars 1995

## II

## AMBASSADE DE SUISSE

476.53

L'Ambassade de Suisse présente ses compliments au Ministère des Affaires Etrangères et a l'honneur d'accuser réception de sa note no 2741 DE/ECS du 7 novembre 1995 ainsi rédigée:

[*Voir note I*]

L'Ambassade de Suisse a l'honneur de faire savoir au Ministère des Affaires étrangères que le Conseil fédéral suisse approuve ce qui précède.

L'Ambassade de Suisse saisit cette occasion pour renouveler au Ministère des Affaires Etrangères les assurances de sa haute considération.

Paris, le 17 novembre 1995

Ministère des Affaires étrangères  
Paris

---

No. 21785. AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FRENCH REPUBLIC AND THE SWISS FEDERAL COUNCIL REGARDING FISHING IN LAKE GENEVA. SIGNED AT BERNE ON 20 NOVEMBER 1980<sup>1</sup>

EXCHANGE OF NOTES CONSTITUTING AN AGREEMENT AMENDING THE IMPLEMENTING REGULATIONS OF THE ABOVE-MENTIONED AGREEMENT (WITH PLAN AND REGULATION). PARIS, 7 AND 17 NOVEMBER 1995

Came into force on 17 November 1995, in accordance with the provisions of the said notes.

*Authentic text: French.*

*Registered by France on 2 December 1997.*

I

FRENCH REPUBLIC  
MINISTER OF FOREIGN AFFAIRS

The Ministry of Foreign Affairs, Department of Economic and Financial Affairs, presents its compliments to the Embassy of Switzerland and has the honour to refer to the Agreement of 20 November 1980 between the Swiss Federal Council and the Government of the French Republic regarding fishing in Lake Geneva.

During its deliberations on 17 March 1995, the Consultative Commission for Fishing in Lake Geneva adopted, in accordance with article 7 of the Agreement, a proposal for the amendment of the Implementing Regulations of the Agreement. It also proposed a five-year fish-stock development plan (1 January 1996-31 December 2000) under the Agreement.

Articles 3 and 4 of the Agreement stipulate that there should be an exchange of notes between the Contracting Parties with respect to these two instruments, copies of which are enclosed herewith.

This note and the Embassy's reply to the Ministry shall constitute the agreement between the two Governments on the Implementing Regulations of the Agreement and the fish-stock development plan.

The Ministry of Foreign Affairs, Department of Economic and Financial Affairs, takes this opportunity, etc.

Paris, 7 November 1995

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1306, p. 337, and annex A in volumes 1483, 1506 and 1596.

## ANNEX 4

## Franco-Swiss Commission for Fishing in Lake Geneva

Procès-verbal of the meeting of 17 March 1995 proposing:

IMPLEMENTING REGULATIONS OF THE AGREEMENT BETWEEN THE SWISS FEDERAL COUNCIL AND THE GOVERNMENT OF THE FRENCH REPUBLIC REGARDING FISHING IN LAKE GENEVA

*Article 1*

BOUNDARIES BETWEEN THE LAKE, ITS TRIBUTARIES  
AND ITS EFFLUENT

1. The boundary between the lake and the effluent Rhone is the upstream side of the Mont Blanc Bridge at Geneva.
2. The boundary between the lake and its tributaries is the extension of the natural shores of the lake.

*Article 2*

## PROTECTED AREAS

1. The competent authorities of the two States (hereinafter referred to as the "competent authorities") shall define the protected areas:
  - (a) In which fishing is prohibited during all or part of the year;
  - (b) In which the fish habitat, in particular the areas which are especially important for fish reproduction and development, shall be protected from all harmful influences.
2. Fishing shall be prohibited in the reed beds and natural reserves.

*Article 3*

## FISHING GEAR AND METHODS FOR COMMERCIAL FISHERMEN

1. Each State shall define the gear permitted for commercial fishing in its territory. However, the Consultative Commission must receive prior notice of the use of new kinds of gear or the enhanced fishing capacity of gear in use at the time these Regulations enter into force.
2. The mesh must be measured using an instrument graduated in millimetres. The length of the mesh calculated using the methods defined below must not be less than the minimum length authorized.
3. The only types of mesh permitted for fishing nets shall be square or diamond-shaped. The mesh size of the nets must be checked when the fishing gear is already wet. The mesh of the net shall be opened out lengthwise, but not stretched, and the distance between the outer knots of five adjacent units of mesh shall be measured one by one; each result shall be divided by two. This shall be done at two different places in the net. The average of the 10 measurements shall represent the mesh size of the net.
4. In the case of fish pots with square, rectangular or hexagonal mesh, the shortest distance, excluding the thickness of the cords, between the two parallel sides of the webbing shall be measured in 10 adjacent units of mesh one by one. The average of these 10 measurements shall represent the mesh size of the fish pot.

*Article 4*

## FISHING METHODS FOR AMATEUR FISHERMEN

The only fishing methods which amateur fishermen may use are:

(a) Three lines to be chosen from among the following, which may only be used from the shore or from a stationary boat: floated line, casting line, sinking line or weighted line, with support or lead weight, such lines having a maximum of six hooks each, with a maximum length of 15 millimetres between the tip and the shaft, whatever the number of tips;

(b) Four troll lines or dragnets or trail nets per boat, having a maximum of 20 lures, with no more than two single, double or triple hooks each;

(c) The gauze net or scoop net, having a maximum diameter of 75 centimetres, usable only to remove from the water fish which have already been hooked or to fish for chum bait for personal use;

(d) Two bottles with minnows or fly catchers, each having a maximum capacity of three litres usable to fish for chum bait for personal use;

(e) Six hand lift nets for the capture of crayfish measuring no more than 30 centimetres in diameter.

*Article 5*

## PROHIBITED GEAR AND METHODS

Fishing by hand is prohibited and the following means shall not be used for fishing:

(a) Materials for stunning fish, explosives, toxic matter or electric current;

(b) Firearms;

(c) Gear used to harpoon or wound fish;

(d) Traps;

(e) Chemical products or optical or acoustic devices for luring fish;

(f) Underwater diving gear.

*Article 6*

## PROHIBITED EQUIPMENT

It is prohibited to have any echo-sounding or sonar equipment on a boat used for fishing with seine nets or large seine nets or on a boat participating in such fishing.

*Article 7*

## MINIMUM SIZE OF FISH

1. The size of fish is measured from the tip of the nose to the end of the normally extended tail fin.

2. The fish listed below shall not be caught unless they have attained the following minimum size:

(a) Lake and river trout (*Salmo trutta*) — 35 centimetres;

(b) Char (*Salvelinus alpinus*) — 27 centimetres;

(c) Grayling (*Thymallus thymallus*) — 30 centimetres;

(d) Whitefish (*Coregonus* sp.) — 30 centimetres;

(e) Pike (*Esox lucius*) — 50 centimetres;

(f) Perch (*Perca fluviatilis*) — 15 centimetres.

3. Any fish which has not attained the minimum size shall be immediately and carefully returned to the water. However, special provisions concerning perch caught by amateur fishermen are set out in the development plan.

4. Fishing of the European freshwater crayfish *Austropotamobius pallipes* and *Astacus astacus* shall be prohibited.

#### *Article 8*

##### FISH PROTECTION PERIOD

1. Fishing of the species mentioned below is prohibited during the following periods:

(a) Salmonid fish: trout (*Salmo trutta*), Char (*Salvelinus alpinus*) and whitefish (*Coregonus* sp.) — from mid-October to mid-January;

(b) Grayling (*Thymallus thymallus*) — from 1 March to 4 May;

(c) Pike (*Esox lucius*) — from 1 April to 10 May.

2. The competent authorities shall, on the basis of the proposal of the Consultative Commission, set the exact dates of the beginning and end of the salmonid fish protection period, taking into account the international bird count. The protection period shall be of at least 89 days' duration.

3. The gear used by commercial fishermen for catching salmonid fish may still be hauled in on the first day of the salmonid fish protection period; the salmonid fish caught may be brought ashore.

4. Any fish caught during its protection period shall be immediately and carefully returned to the water.

5. During the salmonid fish protection period, dragnet fishing shall be prohibited.

6. However, the taking of breeding fish for restocking purposes shall be permitted during protection periods, under the responsibility of the competent authorities.

#### *Article 9*

##### DEROGATIONS

1. The competent authorities may, by mutual agreement and by way of exception, authorize waivers, under their supervision, to these Regulations, in the following cases:

(a) Measures to re-establish a balance among fish species;

(b) Other measures which may be justified by ecological reasons or which are intended to ensure the rational management of fish-stock resources.

2. The competent authorities may, by way of exception, waive these Regulations for the needs of scientific studies.

#### *Article 10*

##### ABROGATION CLAUSE

These Regulations render void and supersede the Regulations of 17 November 1989.

Approved by the Consultative Commission

Lausanne, 17 March 1995



## ANNEX 5

## FRANCO-SWISS COMMISSION FOR FISHING IN LAKE GENEVA

Procès-verbal of the meeting of 17 March 1995 proposing a:

FIVE-YEAR FISH-STOCK DEVELOPMENT PLAN UNDER THE AGREEMENT BETWEEN THE SWISS FEDERAL COUNCIL AND THE GOVERNMENT OF THE FRENCH REPUBLIC REGARDING FISHING IN LAKE GENEVA (1 JANUARY 1996-31 DECEMBER 2000)

The Consultative Commission for Fishing in Lake Geneva,

Considering:

That the future of each species of fish must be ensured by maintaining an adequate number of fish having attained reproductive size,

That the scale of fishing must be regulated so that several age groups of fish are available,

That fishing by amateur fishermen must be taken into consideration in estimating fishing activity,

That such fishing must be strictly for sporting purposes, and not for any commercial activities involving fish, and that the number of fish caught must be limited to the needs of family consumption,

That it is advisable to take into account the fishing gear currently used insofar as the aforementioned management principles and the aims laid down in article 2 of the Agreement are not fundamentally violated,

In view of article 4 of the Agreement,

Proposes the following provisions:

## CHAPTER I

## PERCH MANAGEMENT

*Article 1*

## NETS

1. For the capture of perch, commercial fishermen shall be authorized to use a maximum of 10 nets having a mesh of 23 to 32 millimetres. Only six such nets shall have a mesh finer than 26 millimetres. Such nets shall measure no more than 100 metres long and 2 metres deep. A net measuring 100 metres in length may be replaced by two nets measuring 50 metres. The following restrictions shall also apply:

(a) From 1 to 30 April and from 1 June to 31 October, such nets shall not be set at depths of more than 35 metres;

(b) From 1 November to 31 March, such nets shall not be set at depths of more than 45 metres;

(c) From 1 to 30 April, only four such nets shall be set at depths of less than 15 metres;

(d) The use of such nets shall be prohibited from 1 to 31 May.

2. The States may, in clearly delimited areas and by mutual agreement, waive the provisions of paragraphs 1 (a) and 1 (b) of this article, provided that all necessary measures to preserve salmonid fish are taken.

*Article 2*

## SEINE NET

1. The arms of the seine net shall be no more than 100 metres long and 20 metres high, the bag no more than 20 metres deep.
2. The mesh size of the seine net bag shall be no finer than 23 millimetres.
3. The use of the seine net shall be regulated as follows:
  - (a) It shall be authorized only from Monday until noon on Saturday;
  - (b) It shall be prohibited from 1 November to 31 May; the competent authorities of the two States (hereinafter referred to as the "competent authorities") may, however, authorize the use of the seine net from 1 to 30 April in areas where the bottom shelves steeply;
  - (c) It shall be prohibited at all times in areas of the lake more than 35 metres deep;
  - (d) The seine net bag shall not be hauled onto the boat until all the fish able to pass through the mesh have been sifted.

*Article 3*

## FISH POTS

1. Commercial fishermen shall be authorized to use a maximum of six fish pots with a mesh no finer than 23 millimetres.
2. From 1 to 31 May, only one fish pot may be used per fisherman.
3. The volume of a fish pot shall be no greater than 4 m<sup>3</sup>, including the opening.

*Article 4*

## LINES

From 1 to 31 May, perch fishing by means of lines shall be prohibited.

*Article 5*

## CATCH LIMITS FOR AMATEUR FISHERMEN

1. The catch for amateur fishermen shall be limited to 80 perch per day and per fisherman.
2. Every perch caught by an amateur fisherman shall be kept, and under no circumstances shall any perch be returned to the water, even if it is less than 15 centimetres in size.

*Article 6*

## PRINCIPLE OF FLEXIBLE MANAGEMENT

The competent authorities shall assess the number of perch and their age and size. On the basis of their findings, they may, by mutual agreement, take measures aimed at limiting the scale of fishing, including increasing the size of the perch caught.

## CHAPTER II

## MANAGEMENT OF SALMONID FISH (IN GENERAL)

*Article 7*

## LARGE DRIFT NETS

1. Commercial fishermen shall be authorized to use a maximum of eight large drift nets measuring no more than 120 metres long and 20 metres deep, with a mesh no finer than 48 millimetres.
2. The use of the large drift net shall be regulated as follows:
  - (a) It shall be prohibited during the salmonid fish protection period;
  - (b) It shall be authorized only in areas of the lake more than 30 metres deep;
  - (c) Such equipment shall not be set before 4 p.m. or hauled in after 10 a.m.

*Article 8*

## LARGE SEINE NET

1. The arms of the large seine net shall be no more than 120 metres long and 40 metres high, the bag no more than 25 metres deep. The mesh size of the bag and arms shall be no finer than 35 and 40 millimetres respectively.
2. The use of the large seine net shall be prohibited:
  - (a) During the period when the salmonid fishing season is closed;
  - (b) In char breeding grounds from the date of the opening of the salmonid fishing season to 31 January;
  - (c) Less than 100 metres from the shore and in waters less than 30 metres deep from 15 April to 30 June.
3. It shall be prohibited to anchor the large seine net more than 1,000 metres from the shore.
4. The use of the large seine net shall be authorized from Monday to noon on Saturday.
5. The bottom of the bag shall not be hauled onto the boat until all the fish able to pass through the mesh have been sifted.

## CHAPTER III

## TROUT MANAGEMENT

*Article 9*

## NETS

1. Commercial fishermen shall be authorized to use a maximum of three trout nets measuring no more than 100 metres long and 3 metres deep, with a mesh no finer than 48 millimetres.
2. These nets shall be authorized from the date of the opening of the salmonid fishing season to 31 March. They may be set on the surface of the water. They must be set after 4 p.m. and hauled in before 9 a.m. They must be anchored.

*Article 10*

## CATCH LIMITS FOR AMATEUR FISHERMEN

The catch for amateur fishermen shall be limited to eight trout per day and 250 trout per year and per fisherman.

## CHAPTER IV

## MANAGEMENT OF CHAR AND OTHER SPECIES

*Article 11*

## NETS

1. Commercial fishermen shall be authorized to use 10 nets measuring no more than 4.2 metres deep and 100 metres long, with a mesh no finer than 32 millimetres, and four nets measuring no more than 8 metres deep and 100 metres long, with a mesh no finer than 40 millimetres.

2. Swiss commercial fishermen may choose to use 30 nets measuring no more than 2 metres deep and 100 metres long, with a mesh no finer than 32 millimetres, in place of the nets referred to in the previous paragraph of this article.

3. These nets shall be pulled taut with at least 2 metres of clear water above the headline.

4. The use of such nets shall be prohibited during the period when the salmonid fishing season is closed.

*Article 12*

## CATCH LIMITS FOR AMATEUR FISHERMEN

The catch for amateur fishermen shall be limited to 10 char per day and 250 char per year and per fisherman.

## CHAPTER V

## CRAYFISH MANAGEMENT

*Article 13*

## HAND LIFT NETS

Fishing permit holders shall be authorized to use a maximum of six hand lift nets for the capture of crayfish measuring no more than 30 centimetres in diameter, which must be kept under constant supervision.

*Article 14*

## CRAYFISH POTS

Commercial fishing permit holders shall be authorized to use six crayfish pots for the capture of crayfish, each having a maximum volume of 100 litres, including one or two openings.

*Article 15*

## TRANSPORTATION OF CRAYFISH CAUGHT

Crayfish caught in Lake Geneva shall not be transported live out of the water.

## CHAPTER VI

## GEAR MARKING

*Article 16*

## GENERAL POINTS

All fishing gear placed or set in the water shall be fitted with a floating marker bearing a symbol identifying the permit holder.

*Article 17*

## LARGE DRIFT NETS

Drift nets shall be marked at one end of the string of nets by a small black flag measuring 0.4 metres wide and 0.7 metres high, placed at least 1.4 metres above water level, and at the other end by an ordinary white fixed light. If more than eight drift nets are hitched together, a light shall be placed at each end.

*Article 18*

## TROUT NETS

Trout nets shall be marked at each end of the string of nets by the following:

- (a) An ordinary white fixed light;
- (b) A float with a small yellow flag on top of it, which shall be placed on the pin of the net at a distance of 5 to 10 metres from the light; the flag shall measure at least 0.4 metres wide and 0.7 metres high. The upper edge of the flag shall be at least 1.4 metres above water level and shall be set perpendicularly to the shank;
- (c) The floats may be left in place during the day, but the yellow flag must be kept for marking purposes.

*Article 19*

## SMALL NETS

Stationary nets set beyond the ridge shall be marked by floats with small flags on top of them, placed at least 0.6 metres above water level, which shall be red on the landward side and black on the opposite side. However, west of the Yvoire Promenthouse line, the competent authorities may authorize the replacement of the flags by a larger red flag, measuring 1 metre across, on the landward side.

*Article 20*

## FISH POTS

All fish pots shall be marked by a white float with a small white flag on top of it, at least 0.3 metres above water level. The competent authorities may authorize waivers for fish pots placed in harbours.

*Article 21*

## CRAYFISH POTS

All crayfish pots shall be marked by a white float with a small yellow flag on top of it, at least 0.3 metres above water level. However, lines of six pots may be indicated by a single marker.

## CHAPTER VII

## FISHING SCHEDULE

*Article 22*

## AMATEUR FISHERMEN

Amateur fishermen may not fish more than half an hour before sunrise or half an hour after sunset.

*Article 23*

## COMMERCIAL FISHERMEN

1. The hours during which commercial fishing and the setting or hauling in of nets and fish pots are permitted shall be as follows:

<i>Standard time</i>	<i>Summer time</i>
From 6.30 a.m. to 6 p.m. in January	—
From 6 a.m. to 6.45 p.m. in February	—
From 5.30 a.m. to 7.30 p.m. in March	From 6.30 a.m. to 8.30 p.m. in March
—	From 6 a.m. to 9 p.m. in April
—	From 5.15 a.m. to 9.45 p.m. in May
—	From 5 a.m. to 10.15 p.m. in June
—	From 5.15 a.m. to 10 p.m. in July
From 5 a.m. to 7.30 p.m. in September	From 5.45 a.m. to 9.30 p.m. in August
From 5.15 a.m. to 6.30 p.m. in October	From 6 a.m. to 8.30 p.m. in September
From 5.45 a.m. to 5.45 p.m. in November	From 6.15 a.m. to 7.30 p.m. in October
From 6.30 a.m. to 5.30 p.m. in December	—
	—

2. Traffic on the lake shall be permitted one half-hour before the opening hour for fishing so long as the nets are dry.

3. By way of exception, large drift nets may be hauled in one hour before the opening hour for fishing.

4. By way of exception, during the months of June, July, August and September, the setting of perch nets with a mesh finer than 32 millimetres shall be permitted an hour and a half before the opening hour for fishing.

5. Traffic on the lake for the purposes of transporting fishing gear, nets or fish shall be permitted one half-hour after the closing hour for fishing.

## CHAPTER VIII

## GRANTING LICENCES FOR COMMERCIAL FISHING

*Article 24*

## CONDITIONS

Licences for commercial fishing may only be granted to persons who:

- (a) Have their domicile in the State where the application is submitted;
- (b) Are fishing on their own account and as their main occupation;
- (c) Are not already in possession of a similar licence for waters other than Lake Geneva.

*Article 25*

## NUMBER

1. The total number of authorizations granted for commercial fishing is as follows:
  - (a) 107 for Switzerland;
  - (b) 70 for France.
2. Licences for offshore fishing in France and special first-class permits in Switzerland are taken into account in these quotas. Three such permits are considered as equivalent to one licence issued to a commercial fisherman.

## CHAPTER IX

## RESEARCH, FISH RESTOCKING AND STATISTICS

*Article 26*

## CATCH MONITORING AND STATISTICS

1. Each commercial fisherman shall fill out the official statistics form on the day of the catch.
2. Each State shall define the categories of amateur fishermen required to fill out a registration book giving details of the number and weight of their catch according to species.

*Article 27*

## RESTOCKING

1. Each State shall encourage the introduction of fish in order to guarantee the optimum stocking of the lake. This shall be carried out with a view to ensuring the rational management of fish-stock resources with respect for biological balance.
2. The fish used for this purpose shall come from native breeding fish; at least 80 per cent of the eggs collected from the breeding fish in the lake shall be used for stocking the lake or its tributaries with younger fish.
3. The objectives of the annual restocking plan shall be as follows:
  - (a) Whitefish: 50 million fry;
  - (b) Char: 1.2 million summerlings;
  - (c) Lake trout: 500,000 summerlings.

Each State shall provide half of the fish required.

4. Pre-summerlings may be used for restocking with char and lake trout, one summerling being equivalent to two pre-summerlings. Fish introduced on or after 1 July or measuring 5 centimetres or more in length shall be considered summerlings.

*Article 28*

DEROGATIONS

1. The competent authorities may, by mutual agreement and by way of exception, authorize waivers, under their supervision, to this development plan, in the following cases:

- (a) Measures to re-establish a balance among fish species;
- (b) Other measures which may be justified by ecological reasons or which are intended to ensure the rational management of fish-stock resources.

2. The competent authorities may, by way of exception, waive this development plan for the needs of scientific studies.

*Article 29*

ANNUAL REPORT

A report on the implementation of the fish-stock development plan shall be submitted to the Commission each year.

Approved by the Consultative Commission

Lausanne, 17 March 1995



## II

## EMBASSY OF SWITZERLAND

No. 476.53

The Embassy of Switzerland presents its compliments to the Ministry of Foreign Affairs and has the honour to acknowledge receipt of its note No. 2741 DE/ECS of 7 November 1995, which reads as follows:

*[See note I]*

The Embassy of Switzerland has the honour to inform the Ministry of Foreign Affairs that the Swiss Federal Council approves the above.

The Embassy of Switzerland takes this opportunity, etc.

Paris, 17 November 1995

Ministry of Foreign Affairs Paris

---

No. 21931. INTERNATIONAL CONVENTION AGAINST THE TAKING OF HOSTAGES. ADOPTED BY THE GENERAL ASSEMBLY OF THE UNITED NATIONS ON 17 DECEMBER 1979<sup>1</sup>

N° 21931. CONVENTION INTERNATIONALE CONTRE LA PRISE D'OTAGES. ADOPTÉE PAR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DES NATIONS UNIES LE 17 DÉCEMBRE 1979<sup>1</sup>

#### ACCESSION

*Instrument deposited on:*

4 December 1997

LEBANON

(With effect from 3 January 1998.)

With the following declaration:

#### ADHÉSION

*Instrument déposé le :*

4 décembre 1997

LIBAN

(Avec effet au 3 janvier 1998.)

Avec la déclaration suivante :

[ARABIC TEXT — TEXTE ARABE]

ان مفهوم اللبناني لبعض ما ورد في الاتفاقية يمكن تلخيصه بالآتي :

- (١) ان انضمام الجمهورية اللبنانية الى هذه الاتفاقية لا يشكل اعترافا باسرائيل ، كما لا يمكن ان يرتب أي نوع من انواع العلاقات او التعاون معها تطبيقا لهذه الاتفاقية .
- (٢) ان ما ورد في الاتفاقية ، وبشكل خاص في المادة ١٢ ، لا يمكن ان يؤثر على موقف الجمهورية اللبنانية المؤيد لحق الدول والشعوب في التصدي والمقاومة للاحتلال الاجنبي على اراضيها .

[TRANSLATION]

1. The accession of the Lebanese Republic to the Convention shall not constitute recognition of Israel, just as the application of the Convention shall not give rise to relations or cooperation of any kind with it.

[TRADUCTION]

1) L'adhésion de la République libanaise à la Convention internationale contre la prise d'otages n'entraîne pas de reconnaissance d'Israël, de même qu'elle n'institue aucun type de relations ou de liens de coopération avec ce pays en application de ladite Convention.

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1316, p. 205; for subsequent actions, see references in Cumulative Index No. 23, as well as annex A in volumes 1410, 1412, 1419, 1422, 1434, 1436, 1457, 1461, 1463, 1464, 1465, 1478, 1480, 1482, 1486, 1491, 1495, 1502, 1510, 1515, 1519, 1520, 1523, 1530, 1543, 1551, 1558, 1560, 1566, 1567, 1587, 1590, 1606, 1637, 1649, 1676, 1678, 1679, 1704, 1712, 1723, 1732, 1821, 1841, 1912, 1953, 1979 and 1980.

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1316, p. 205; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans l'Index cumulatif n° 23, ainsi que l'annexe A des volumes 1410, 1412, 1419, 1422, 1434, 1436, 1457, 1461, 1463, 1464, 1465, 1478, 1480, 1482, 1486, 1491, 1495, 1502, 1510, 1515, 1519, 1520, 1523, 1530, 1543, 1551, 1558, 1560, 1566, 1567, 1587, 1590, 1606, 1637, 1649, 1676, 1678, 1679, 1704, 1712, 1723, 1732, 1821, 1841, 1912, 1953, 1979 et 1980.

2. The provisions of the Convention, and in particular those of its article 13, shall not affect the Lebanese Republic's stance of supporting the right of States and peoples to oppose and resist foreign occupation of their territories.

*Registered ex officio on 4 December 1997.*

---

2) Les dispositions de la Convention, notamment celles qui sont contenues à l'article 12, ne sauraient influencer sur la position de la République libanaise qui consiste à soutenir le droit des Etats et des peuples à s'opposer et à résister à l'occupation étrangère sur leur territoire.

*Enregistré d'office le 4 décembre 1997.*

---

N° 22330. ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE ET LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE CONCERNANT L'ABORNEMENT ET L'ENTRETIEN DE LA FRONTIÈRE. SIGNÉ À PARIS LE 10 MARS 1965<sup>1</sup>

ECHANGE DE NOTES CONSTITUANT UN ACCORD PORTANT MODIFICATION DE L'ARTICLE 7 DE L'ACCORD SUSMENTIONNÉ. PARIS, 30 SEPTEMBRE ET 23 OCTOBRE 1996

Entré en vigueur le 23 octobre 1996, conformément aux dispositions desdites notes.

*Texte authentique : français.*

*Enregistré par la France le 2 décembre 1997.*

I

AMBASSADE DE SUISSE

L'Ambassade de Suisse présente ses compliments au Ministère des Affaires étrangères et se réfère à l'article 7 de l'Accord entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République française concernant l'abornement et l'entretien de la frontière, du 10 mars 1965.

La commission mixte d'abornement de la frontière franco-suisse a recommandé aux deux Gouvernements une nouvelle rédaction de cet article qui se lirait comme suit:

« Aux fins de l'application de l'article 6 du présent accord, la frontière est divisée en dix secteurs, à savoir:

1. Frontière entre le canton de Bâle-Ville et le département du Haut-Rhin;
2. Frontière entre le canton de Bâle-Campagne et le département du Haut-Rhin;
3. Frontière entre le canton de Soleure et le département du Haut-Rhin;
4. Frontière entre le canton du Jura et le département du Haut-Rhin et le territoire de Belfort;
5. Frontière entre le canton du Jura et le département du Doubs;
6. Frontière entre le canton de Neuchâtel et le département du Doubs;
7. Frontière entre le canton de Vaud et les départements du Doubs, du Jura et de l'Ain;
8. Frontière entre le canton de Genève et le département de l'Ain;

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1331, p. 59.

9. Frontière entre le canton de Genève et le département de la Haute-Savoie;
10. Frontière entre le canton du Valais et le département de la Haute-Savoie.

Un même délégué permanent à l'abornement de chacun des deux Etats peut avoir compétence sur plusieurs secteurs. »

Selon l'article 13 de l'Accord de 1965 précité, les deux Gouvernements peuvent apporter des modifications à l'Accord par simple échange de notes.

Dès lors, l'Ambassade saurait gré au Ministère de bien vouloir lui faire part de l'accord du Gouvernement français sur la proposition de la commission mixte d'abornement de la frontière franco-suisse.

Dans ce cas, la présente note, qui a reçu l'approbation du Conseil fédéral suisse, et la réponse du Ministère constitueront un Accord entre nos deux Gouvernements portant modification de l'article 7 de l'Accord du 10 mars 1965 concernant l'abornement et l'entretien de la frontière. Celui-ci prendra effet à la date de la note française.

L'Ambassade de Suisse saisit cette occasion pour renouveler au Ministère des Affaires Etrangères les assurances de sa haute considération.

Paris, le 30 septembre 1996

Ministère des Affaires Etrangères  
Direction des Français à l'Etranger  
et des Etrangers en France  
Service des Accords de Réciprocité  
Conventions sociales, fiscales et d'établissement  
Paris

## II

RÉPUBLIQUE FRANÇAISE  
MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

Paris, 23 octobre 1996

Le Ministère des Affaires étrangères présente ses compliments à l'Ambassade de Suisse et a l'honneur d'accuser réception de sa note du 30 septembre 1996 relative à la modification de l'article 7 de l'Accord du 10 mars 1965 entre le Gouvernement de la République française et le Conseil fédéral suisse concernant l'abornement et l'entretien de la frontière et dont la teneur est la suivante :

[*Voir note I*]

Le Ministère des Affaires étrangères a l'honneur de faire savoir à l'Ambassade que ces propositions recueillent l'agrément du Gouvernement français.

Dans ces conditions, conformément à l'article 13 de l'Accord du 10 mars 1965, la note précitée de l'Ambassade et la présente note constituent un Accord entre les deux Gouvernements, portant modification de l'article 7 de l'accord précité, qui prendra effet à la date de ce jour.

Le Ministère des Affaires étrangères saisit cette occasion pour renouveler à l'Ambassade de Suisse les assurances de sa haute considération.

FAIT à Paris le 23 octobre 1996.

Ambassade de Suisse  
Paris

---

## [TRANSLATION — TRADUCTION]

No. 22330. AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FRENCH REPUBLIC AND THE SWISS FEDERAL COUNCIL ON THE DEMARCATION AND MAINTENANCE OF THE FRONTIER. SIGNED AT PARIS ON 10 MARCH 1965<sup>1</sup>

EXCHANGE OF NOTES CONSTITUTING AN AGREEMENT AMENDING ARTICLE 7 OF THE ABOVE-MENTIONED AGREEMENT. PARIS, 30 SEPTEMBER AND 23 OCTOBER 1996

Came into force on 23 October 1996, in accordance with the provisions of the said notes.

*Authentic text: French.*

*Registered by France on 2 December 1997.*

## I

## THE SWISS EMBASSY

The Swiss Embassy presents its compliments to the Ministry of Foreign Affairs and refers to article 7 of the Agreement of 10 March 1965 between the Swiss Federal Council and the Government of the French Republic on the demarcation and maintenance of the frontier.

The Joint Committee on the Demarcation of the Franco-Swiss Border has recommended to the two Governments a revision of that article, which would read as follows:

“For the purposes of the implementation of article 6 of this Agreement, the frontier shall be divided into 10 sectors, namely:

1. The frontier between the canton of Bâle-Ville and the department of Haut-Rhin;
2. The frontier between the canton of Bâle-Campagne and the department of Haut-Rhin;
3. The frontier between the canton of Soleure and the department of Haut-Rhin;
4. The frontier between the canton of Jura and the department of Haut-Rhin and the Territory of Belfort;
5. The frontier between the canton of Jura and the department of Doubs;
6. The frontier between the canton of Neuchâtel and the department of Doubs;
7. The frontier between the canton of Vaud and the departments of Doubs, Jura and Ain;
8. The frontier between the canton of Geneva and the department of Ain;
9. The frontier between the canton of Geneva and the department of Haute-Savoie;
10. The frontier between the canton of Valais and the department of Haute-Savoie.

One permanent demarcation official of either State may have jurisdiction over several sectors.”

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1331, p. 59.

In accordance with article 13 of the Agreement of 1965, the two Governments may make amendments to the Agreement through a simple exchange of notes.

The Embassy therefore respectfully requests the Ministry of Foreign Affairs to signify the French Government's approval of the proposal of the Joint Committee on the Demarcation of the Franco-Swiss Border.

If it approves, this note, which has been approved by the Swiss Federal Council, together with the reply from the Ministry, shall constitute an Agreement between our two Governments amending article 7 of the Agreement of 10 March 1965 on the demarcation and maintenance of the frontier. This Agreement shall enter into force on the date of the French note.

The Swiss Embassy takes this opportunity, etc.

Paris, 30 September 1996



## II

FRENCH REPUBLIC  
THE MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS

Paris, 23 October 1996

The Ministry of Foreign Affairs presents its compliments to the Swiss Embassy and has the honour to confirm that it has received its note of 30 September 1996 concerning amendment of article 7 of the Agreement of 10 March 1965 between the Government of the French Republic and the Swiss Federal Council on the demarcation and maintenance of the frontier, which reads as follows:

[*See note I*]

The Ministry of Foreign Affairs is pleased to inform the Swiss Embassy that these proposals have been accepted by the French Government.

Accordingly, in compliance with article 13 of the Agreement of 10 March 1965, the aforesaid note from the Embassy together with this note shall constitute an Agreement between the two Governments amending article 7 of the aforesaid Agreement, and shall enter into force on today's date.

The Ministry of Foreign Affairs takes this opportunity, etc.

The Swiss Embassy  
Paris

No. 27313. AGREEMENT BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE PRINCIPALITY OF LIECHTENSTEIN ON THE EQUIVALENT OF STUDIES, EXAMINATIONS AND ACADEMIC DEGREES. SIGNED AT VIENNA ON 5 SEPTEMBER 1989<sup>1</sup>

N° 27313. ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA PRINCIPAUTÉ DU LIECHTENSTEIN RELATIF À L'ÉQUIVALENCE DES ÉTUDES, EXAMENS ET GRADES UNIVERSITAIRES. SIGNÉ À VIENNE LE 5 SEPTEMBRE 1989<sup>1</sup>

TERMINATION (*Note by the Secretariat*)

The Government of Austria registered on 9 December 1997 the Agreement between the Republic of Austria and the Principality of Liechtenstein on equivalences in the field of leaving certificates and of university affairs signed at Vienna on 30 September 1996.<sup>2</sup>

The said Agreement, which came into force on 1 December 1997, provides, in its article 9, for the termination of the above-mentioned Agreement of 5 September 1989.

(9 December 1997)

ABROGATION (*Note du Secrétariat*)

Le Gouvernement autrichien a enregistré le 9 décembre 1997 l'Accord entre la République d'Autriche et la Principauté du Liechtenstein concernant l'Accord relatif à l'équivalence des certificats de fin d'études secondaires ou universitaires signé à Vienne le 30 septembre 1996<sup>2</sup>.

Ledit Accord, qui est entré en vigueur le 1<sup>er</sup> décembre 1997, stipule, à son article 9, l'abrogation de l'Accord susmentionné du 5 septembre 1989.

(9 décembre 1997)

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1567, p. 83.

<sup>2</sup> See p. 421 of this volume.

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1567, p. 83.

<sup>2</sup> Voir p. 421 du présent volume.

No. 27627. UNITED NATIONS CONVENTION AGAINST ILLICIT TRAFFIC IN NARCOTIC DRUGS AND PSYCHOTROPIC SUBSTANCES. CONCLUDED AT VIENNA ON 20 DECEMBER 1988<sup>1</sup>

Nº 27627. CONVENTION DES NATIONS UNIES CONTRE LE TRAFIC ILLICITE DE STUPÉFIANTS ET DE SUBSTANCES PSYCHOTROPES. CONCLUE À VIENNE LE 20 DÉCEMBRE 1988<sup>1</sup>

DECLARATION under article 32 (4)

DÉCLARATION en vertu du paragraphe 4 de l'article 32

*Received on:*

*Reçue le :*

2 December 1997

2 décembre 1997

PHILIPPINES

PHILIPPINES

[TRANSDUCTION — TRANSLATION]

"The Philippines does not consider itself bound by the mandatory jurisdiction of the International Court of Justice as provided for in article 32, paragraph 2 of the same Convention."

Les Philippines ne se considèrent pas liées par la juridiction obligatoire de la Cour internationale de Justice, comme prévu au paragraphe 2 de l'article 32 de la même Convention.

*Registered ex officio on 2 December 1997.*

*Enregistré d'office le 2 décembre 1997.*

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1582, No. I-27627, and annex A in volumes 1587, 1588, 1589, 1590, 1593, 1597, 1598, 1606, 1639, 1641, 1642, 1649, 1653, 1654, 1655, 1656, 1658, 1660, 1662, 1663, 1665, 1671, 1672, 1676, 1677, 1679, 1690, 1691, 1694, 1695, 1696, 1697, 1703, 1712, 1715, 1717, 1719, 1722, 1724, 1725, 1726, 1727, 1728, 1732, 1733, 1734, 1748, 1749, 1751, 1760, 1762, 1764, 1768, 1776, 1777, 1785, 1828, 1829, 1832, 1856, 1857, 1860, 1861, 1863, 1864, 1870, 1886, 1887, 1890, 1891, 1893, 1894, 1902, 1912, 1914, 1916, 1918, 1919, 1920, 1921, 1927, 1929, 1931, 1934, 1947, 1950, 1966, 1967, 1973, 1976, 1977, 1978, 1979, 1983, 1984, 1989, 1995 and 1996.

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1582, nº I-27627, et annexe A des volumes 1587, 1588, 1589, 1590, 1593, 1597, 1598, 1606, 1639, 1641, 1642, 1649, 1653, 1654, 1655, 1656, 1658, 1660, 1662, 1663, 1665, 1671, 1672, 1676, 1677, 1679, 1690, 1691, 1694, 1695, 1696, 1697, 1703, 1712, 1715, 1717, 1719, 1722, 1724, 1725, 1726, 1727, 1728, 1732, 1733, 1734, 1748, 1749, 1751, 1760, 1762, 1764, 1768, 1776, 1777, 1785, 1828, 1829, 1832, 1856, 1857, 1860, 1861, 1863, 1864, 1870, 1886, 1887, 1890, 1891, 1893, 1894, 1902, 1912, 1914, 1916, 1918, 1919, 1920, 1921, 1927, 1929, 1931, 1934, 1947, 1950, 1966, 1967, 1973, 1976, 1977, 1978, 1979, 1983, 1984, 1989, 1995 et 1996.

No. 27999. AGREEMENT BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE PRINCIPALITY OF LIECHTENSTEIN CONCERNING THE EQUIVALENCE OF SCHOOL-LEAVING CERTIFICATES. SIGNED AT VIENNA ON 14 JANUARY 1976<sup>1</sup>

N° 27999. ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA PRINCIPAUTÉ DU LIECHTENSTEIN RELATIF À L'ÉQUIVALENCE DES CERTIFICATS DE MATURITÉ. SIGNÉ À VIENNE LE 14 JANVIER 1976<sup>1</sup>

TERMINATION (*Note by the Secretariat*)

The Government of Austria registered on 9 December 1997 the Agreement between the Republic of Austria and the Principality of Liechtenstein on equivalences in the field of leaving certificates and of university affairs signed at Vienna on 30 September 1996.<sup>2</sup>

The said Agreement, which came into force on 1 December 1997, provides, in its article 9, for the termination of the above-mentioned Agreement of 14 January 1976.

(9 December 1997)

ABROGATION (*Note du Secrétariat*)

Le Gouvernement autrichien a enregistré le 9 décembre 1997 l'Accord entre la République d'Autriche et la Principauté du Liechtenstein concernant l'Accord relatif à l'équivalence des certificats de fin d'études secondaires ou universitaires signé à Vienne le 30 septembre 1996<sup>2</sup>.

Ledit Accord, qui est entré en vigueur le 1<sup>er</sup> décembre 1997, stipule, à son article 9, l'abrogation de l'Accord susmentionné du 14 janvier 1976.

(9 décembre 1997)

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1601, No. I-27999.

<sup>2</sup> See p. 421 of this volume.

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1601, n° I-27999.

<sup>2</sup> Voir p. 421 du présent volume.

No. 28268. AGREEMENT BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE PRINCIPALITY OF LIECHTENSTEIN ON THE FURTHER EQUIVALENCE OF STUDIES, EXAMINATIONS AND ACADEMIC DEGREES. SIGNED AT VIENNA ON 17 SEPTEMBER 1990<sup>1</sup>

N° 28268. ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA PRINCIPAUTÉ DU LIECHTENSTEIN RELATIF À L'ÉQUIVALENCE ADDITIONNELLE DES ÉTUDES, EXAMENS ET GRADES UNIVERSITAIRES. SIGNÉ À VIENNE LE 17 SEPTEMBRE 1990<sup>1</sup>

TERMINATION (*Note by the Secretariat*)

The Government of Austria registered on 9 December 1997 the Agreement between the Republic of Austria and the Principality of Liechtenstein on equivalences in the field of leaving certificates and of university affairs signed at Vienna on 30 September 1996.<sup>2</sup>

The said Agreement, which came into force on 1 December 1997, provides, in its article 9, for the termination of the above-mentioned Agreement of 17 September 1990.

(9 December 1997)

ABROGATION (*Note du Secrétariat*)

Le Gouvernement autrichien a enregistré le 9 décembre 1997 l'Accord entre la République d'Autriche et la Principauté du Liechtenstein concernant l'Accord relatif à l'équivalence des certificats de fin d'études secondaires ou universitaires signé à Vienne le 30 septembre 1996<sup>2</sup>.

Ledit Accord, qui est entré en vigueur le 1<sup>er</sup> décembre 1997, stipule, à son article 9, l'abrogation de l'Accord susmentionné du 17 septembre 1990.

(9 décembre 1997)

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1646, p. 343.

<sup>2</sup> See p. 421 of this volume.

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1646, p. 343.

<sup>2</sup> Voir p. 421 du présent volume.

No. 28911. BASEL CONVENTION ON THE CONTROL OF TRANSBOUNDARY MOVEMENTS OF HAZARDOUS WASTES AND THEIR DISPOSAL. CONCLUDED AT BASEL ON 22 MARCH 1989<sup>1</sup>

N° 28911. CONVENTION DE BÂLE SUR LE CONTRÔLE DES MOUVEMENTS TRANSFRONTIÈRES DE DÉCHETS DANGEREUX ET DE LEUR ÉLIMINATION. CONCLUE À BÂLE LE 22 MARS 1989<sup>1</sup>

#### ACCESSION

*Instrument deposited on:*

4 December 1997

BENIN

(With effect from 4 March 1998.)

*Registered ex officio on 4 December 1997.*

#### ADHÉSION

*Instrument déposé le :*

4 décembre 1997

BÉNIN

(Avec effet au 4 mars 1998.)

*Enregistré d'office le 4 décembre 1997.*

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1673, No. I-28911, and annex A in volumes 1678, 1681, 1684, 1686, 1688, 1689, 1691, 1695, 1696, 1702, 1712, 1718, 1719, 1720, 1722, 1724, 1727, 1733, 1736, 1739, 1745, 1746, 1747, 1748, 1752, 1763, 1765, 1768, 1775, 1776, 1787, 1792, 1819, 1821, 1828, 1831, 1832, 1841, 1843, 1844, 1855, 1856, 1860, 1863, 1864, 1873, 1886, 1887, 1889, 1890, 1894, 1902, 1903, 1908, 1911, 1912, 1931, 1935, 1939, 1947, 1949, 1954, 1955, 1962, 1966, 1971, 1978, 1979, 1983 and 1996.

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1673, n° I-28911, et annexe A des volumes 1678, 1681, 1684, 1686, 1688, 1689, 1691, 1695, 1696, 1702, 1712, 1718, 1719, 1720, 1722, 1724, 1727, 1733, 1736, 1739, 1745, 1746, 1747, 1748, 1752, 1763, 1765, 1768, 1775, 1776, 1787, 1792, 1819, 1821, 1828, 1831, 1832, 1841, 1843, 1844, 1855, 1856, 1860, 1863, 1864, 1873, 1886, 1887, 1889, 1890, 1894, 1902, 1903, 1908, 1911, 1912, 1931, 1935, 1939, 1947, 1949, 1954, 1955, 1962, 1966, 1971, 1978, 1979, 1983 et 1996.

No. 30619. CONVENTION ON BIOLOGICAL DIVERSITY. CONCLUDED AT RIO DE JANEIRO ON 5 JUNE 1992<sup>1</sup>

N° 30619. CONVENTION SUR LA DIVERSITÉ BIOLOGIQUE. CONCLUE À RIO DE JANEIRO LE 5 JUIN 1992<sup>1</sup>

---

ACCESSION

*Instrument deposited on:*

2 December 1997

THE FORMER YUGOSLAV REPUBLIC OF  
MACEDONIA

(With effect from 2 March 1998.)

*Registered ex officio on 2 December 1997.*

---

ADHÉSION

*Instrument déposé le :*

2 décembre 1997

L'EX-RÉPUBLIQUE YOUGOSLAVE DE MA-  
CÉDOINE

(Avec effet au 2 mars 1998.)

*Enregistré d'office le 2 décembre 1997.*

---

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1760, No. I-30619, and annex A in volumes 1760, 1761, 1763, 1764, 1765, 1768, 1771, 1772, 1774, 1775, 1776, 1777, 1785, 1787, 1788, 1792, 1819, 1820, 1821, 1824, 1828, 1829, 1830, 1832, 1836, 1840, 1841, 1842, 1843, 1849, 1850, 1856, 1861, 1862, 1884, 1885, 1886, 1890, 1891, 1893, 1894, 1895, 1896, 1901, 1902, 1903, 1907, 1912, 1914, 1915, 1916, 1917, 1920, 1926, 1927, 1929, 1931, 1932, 1934, 1935, 1936, 1948, 1964, 1967, 1971, 1977 and 1996.

---

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1760, n° I-30619, et annexe A des volumes 1760, 1761, 1763, 1764, 1765, 1768, 1771, 1772, 1774, 1775, 1776, 1777, 1785, 1787, 1788, 1792, 1819, 1820, 1821, 1824, 1828, 1829, 1830, 1832, 1836, 1840, 1841, 1842, 1843, 1849, 1850, 1856, 1861, 1862, 1884, 1885, 1886, 1890, 1891, 1893, 1894, 1895, 1896, 1901, 1902, 1903, 1907, 1912, 1914, 1915, 1916, 1917, 1920, 1926, 1927, 1929, 1931, 1932, 1934, 1935, 1936, 1948, 1964, 1967, 1971, 1977 et 1996.

No. 33480. UNITED NATIONS CONVENTION TO COMBAT DESERTIFICATION IN THOSE COUNTRIES - EXPERIENCING SERIOUS DROUGHT AND/OR DESERTIFICATION, PARTICULAR IN AFRICA. OPENED FOR SIGNATURE AT PARIS ON 14 OCTOBER 1994<sup>1</sup>

N° 33480. CONVENTION DES NATIONS UNIES SUR LA LUTTE CONTRE LA DÉSSERTIFICATION DANS LES PAYS GRAVEMENT TOUCHÉS PAR LA SÉCHERESSE ET/OU LA DÉSSERTIFICATION, EN PARTICULIER EN AFRIQUE. OUVERTE À LA SIGNATURE À PARIS LE 4 OCTOBRE 1994<sup>1</sup>

---

ACCESSION

*Instrument deposited on:*

8 December 1997

DOMINICA

(With effect from 8 March 1998.)

*Registered ex officio on 8 December 1997.*

---

ADHÉSION

*Instrument déposé le :*

8 décembre 1997

DOMINIQUE

(Avec effet au 8 mars 1998.)

*Enregistré d'office le 8 décembre 1997.*

---

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1954, No. I-33480, and annex A in volumes 1955, 1957, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1983, 1985, 1987, 1990, 1991 and 1996.

---

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1954, n° I-33480, et annexe A des volumes 1955, 1957, 1962, 1963, 1965, 1964, 1965, 1966, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1983, 1985, 1987, 1990, 1991 et 1996.



No. 33757. CONVENTION ON THE PROHIBITION OF THE DEVELOPMENT, PRODUCTION, STOCKPILING AND USE OF CHEMICAL WEAPONS AND ON THEIR DESTRUCTION. OPENED FOR SIGNATURE AT PARIS ON 13 JANUARY 1993<sup>1</sup>

Nº 33757. CONVENTION SUR L'INTERDICTION DE LA MISE AU POINT, DE LA FABRICATION, DU STOCKAGE ET DE L'EMPLOI DES ARMES CHIMIQUES ET SUR LEUR DESTRUCTION. OUVERTE À LA SIGNATURE À PARIS LE 13 JANVIER 1993<sup>1</sup>

---

RATIFICATION

*Instrument deposited on:*

3 December 1997

VENEZUELA

(With effect from 2 January 1998.)

*Registered ex officio on 3 December 1997.*

---

RATIFICATION

*Instrument déposé le :*

3 décembre 1997

VENEZUELA

(Avec effet au 2 janvier 1998.)

*Enregistré d'office le 3 décembre 1997.*

---

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1974-1975, No. I-33757, and annex A in volumes 1976, 1978, 1979, 1980, 1983, 1984, 1989, 1990 and 1996.

---

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1974-1975, nº I-33757, et annexe A des volumes 1976, 1978, 1979, 1980, 1983, 1984, 1989, 1990 et 1996.

---

*INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION*<sup>1</sup>

No. 588. CONVENTION (No. 5) FIXING THE MINIMUM AGE FOR ADMISSION OF CHILDREN TO INDUSTRIAL EMPLOYMENT, ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS FIRST SESSION, WASHINGTON, 28 NOVEMBER 1919, AS MODIFIED BY THE FINAL ARTICLES REVISION CONVENTION, 1946<sup>2</sup>

---

DENUNCIATION

11 November 1996

ARGENTINA

(Pursuant to the ratification of Convention No. 138,<sup>3</sup> in accordance with article 10. With effect from 11 November 1997.)

*Certified statement was registered by the International Labour Organisation on 8 December 1997.*

---

---

<sup>1</sup> Ratification of any Convention adopted by the General Conference of the International Labour Organisation in the course of its first 32 sessions, i.e., up to and including Convention No. 98, is deemed to be the ratification of that Convention as modified by the Final Articles Revision Convention, 1961, in accordance with article 2 of the latter Convention (see United Nations, *Treaty Series*, vol. 423, p. 11).

<sup>2</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 38, p. 81; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 2 to 8, 11, 15, 17 to 20, 22, 23 and 24, as well as annex A in volumes 1423, 1479, 1505, 1512, 1576, 1745, 1749 and 1856.

<sup>3</sup> See p. 514 of this volume.

---

*ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL<sup>1</sup>*

N° 588. CONVENTION (N° 5) FIXANT L'ÂGE MINIMUM D'ADMISSION DES ENFANTS AUX TRAVAUX INDUSTRIELS, ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA PREMIÈRE SESSION, WASHINGTON, 28 NOVEMBRE 1919, TELLE QU'ELLE A ÉTÉ MODIFIÉE PAR LA CONVENTION PORTANT RÉVISION DES ARTICLES FINALS, 1946<sup>2</sup>

---

DÉNONCIATION

11 novembre 1996

ARGENTINE

(En vertu de la ratification de la Convention n° 138<sup>3</sup>, conformément à l'article 10. Avec effet au 11 novembre 1997.)

*La déclaration certifiée a été enregistrée par l'Organisation internationale du Travail le 8 décembre 1997.*

---

---

<sup>1</sup> La ratification de toute Convention adoptée par la Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail au cours de ses 32 premières sessions, soit jusqu'à la Convention n° 98 inclusivement, est réputée valoir ratification de cette Convention sous sa forme modifiée par la Convention portant révision des articles finals, 1961, conformément à l'article 2 de cette dernière Convention (voir Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 423, p. 11).

<sup>2</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 38, p. 81; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 2 à 8, 11, 15, 17 à 20, 22, 23 et 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1423, 1479, 1505, 1512, 1576, 1745, 1749 et 1856.

<sup>3</sup> Voir p. 515 du présent volume.

No. 590. CONVENTION (No. 7) FIXING THE MINIMUM AGE FOR ADMISSION OF CHILDREN TO EMPLOYMENT AT SEA, ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS SECOND SESSION, GENOA, 9 JULY 1920, AS MODIFIED BY THE FINAL ARTICLES REVISION CONVENTION, 1946<sup>1</sup>

---

#### DENUNCIATION

11 November 1996

#### ARGENTINA

(Pursuant to the ratification of Convention No. 138,<sup>2</sup> in accordance with article 10. With effect from 11 November 1997.)

*Certified statement was registered by the International Labour Organisation on 8 December 1997.*

---

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 38, p. 109; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 1 to 8, 11, 14, 15, and 17 to 23, as well as annex A in volumes 1258, 1348, 1423, 1479, 1505, 1512, 1566 and 1576.

<sup>2</sup> See p. 514 of this volume.

N° 590. CONVENTION (N° 7) FIXANT L'ÂGE MINIMUM D'ADMISSION DES ENFANTS AU TRAVAIL MARITIME, ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA DEUXIÈME SESSION, GÈNES, 9 JUILLET 1920, TELLE QU'ELLE A ÉTÉ MODIFIÉE PAR LA CONVENTION PORTANT RÉVISION DES ARTICLES FINALS, 1946<sup>1</sup>

---

#### DÉNONCIATION

11 novembre 1996

ARGENTINE

(En vertu de la ratification de la Convention n° 138<sup>2</sup>, conformément à l'article 10. Avec effet au 11 novembre 1997.)

*La déclaration certifiée a été enregistrée par l'Organisation internationale du Travail le 8 décembre 1997.*

---

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 38, p. 109; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs n°s 1 à 8, 11, 14, 15, et 17 à 23, ainsi que l'annexe A des volumes 1258, 1348, 1423, 1479, 1505, 1512, 1566 et 1576.

<sup>2</sup> Voir p. 515 du présent volume.

No. 593. CONVENTION (No. 10) CONCERNING THE AGE FOR ADMISSION OF CHILDREN TO EMPLOYMENT IN AGRICULTURE, ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS THIRD SESSION, GENEVA, 16 NOVEMBER 1921, AS MODIFIED BY THE FINAL ARTICLES REVISION CONVENTION, 1946<sup>1</sup>

---

#### DENUNCIATION

11 November 1996

ARGENTINA

(Pursuant to the ratification of Convention No. 138,<sup>2</sup> in accordance with article 10. With effect from 11 November 1997.)

*Certified statement was registered by the International Labour Organisation on 8 December 1997.*

---

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 38, p. 143; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 1 to 8, 11, 14, and 16 to 24, as well as annex A in volumes 1417, 1505, 1512, 1566, 1576, 1663, 1745 and 1749.

<sup>2</sup> See p. 514 of this volume.

N° 593. CONVENTION (N° 10) CONCERNANT L'ÂGE MINIMUM D'ADMISSION DES ENFANTS AU TRAVAIL DANS L'AGRICULTURE, ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA TROISIÈME SESSION, GENÈVE, 16 NOVEMBRE 1921, TELLE QU'ELLE A ÉTÉ MODIFIÉE PAR LA CONVENTION PORTANT RÉVISION DES ARTICLES FINALS, 1946<sup>1</sup>

---

#### DÉNONCIATION

11 novembre 1996

ARGENTINE

(En vertu de la ratification de la Convention n° 138<sup>2</sup>, conformément à l'article 10. Avec effet au 11 novembre 1997.)

*La déclaration certifiée a été enregistrée par l'Organisation internationale du Travail le 8 décembre 1997.*

---

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 38, p. 143; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs n°s 1 à 8, 11, 14, et 16 à 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1417, 1505, 1512, 1566, 1576, 1663, 1745 et 1749.

<sup>2</sup> Voir p. 515 du présent volume.

No. 598. CONVENTION (No. 15) FIXING THE MINIMUM AGE FOR ADMISSION OF YOUNG PERSONS TO EMPLOYMENT AS TRIMMERS OR STOKERS, ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS THIRD SESSION, GENEVA, 11 NOVEMBER 1921, AS MODIFIED BY THE FINAL ARTICLES REVISION CONVENTION, 1946<sup>1</sup>

---

#### DENUNCIATION

11 November 1996

#### ARGENTINA

(Pursuant to the ratification of Convention No. 138,<sup>2</sup> in accordance with article 10. With effect from 11 November 1997.)

*Certified statement was registered by the International Labour Organisation on 8 December 1997.*

---

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 38, p. 203; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 1 to 8, 10, 11, 13, 14, and 17 to 24, as well as annex A in volumes 1423, 1505, 1512, 1541, 1566 and 1576.

<sup>2</sup> See p. 514 of this volume.



N° 598. CONVENTION (N° 15) FIXANT L'ÂGE MINIMUM D'ADMISSION DES JEUNES GENS AU TRAVAIL EN QUALITÉ DE SOUTIERS OU CHAUFFEURS, ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA TROISIÈME SESSION, GENÈVE, 11 NOVEMBRE 1921, TELLE QU'ELLE A ÉTÉ MODIFIÉE PAR LA CONVENTION PORTANT RÉVISION DES ARTICLES FINALS, 1946<sup>1</sup>

---

#### DÉNONCIATION

11 novembre 1996

ARGENTINE

(En vertu de la ratification de la Convention n° 138<sup>2</sup>, conformément à l'article 10. Avec effet au 11 novembre 1997.)

*La déclaration certifiée a été enregistrée par l'Organisation internationale du Travail le 8 décembre 1997.*

---

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 38, p. 203; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 1 à 8, 10, 11, 13, 14, et 17 à 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1423, 1505, 1512, 1541, 1566 et 1576.

<sup>2</sup> Voir p. 515 du présent volume.

No. 615. CONVENTION (No. 33) CONCERNING THE AGE FOR ADMISSION OF CHILDREN TO NON-INDUSTRIAL EMPLOYMENT, ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS SIXTEENTH SESSION, GENEVA, 30 APRIL 1932, AS MODIFIED BY THE FINAL ARTICLES REVISION CONVENTION, 1946<sup>1</sup>

---

#### DENUNCIATION

11 November 1996

#### ARGENTINA

(Pursuant to the ratification of Convention No. 138,<sup>2</sup> in accordance with article 10. With effect from 11 November 1997.)

*Certified statement was registered by the International Labour Organisation on 8 December 1997.*

---

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 39, p. 133; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 1 to 5, 16, 19, and 24, as well as annex A in volumes 1417, 1505 and 1576.

<sup>2</sup> See p. 514 of this volume.

N° 615. CONVENTION (N° 33) CONCERNANT L'ÂGE D'ADMISSION DES ENFANTS AUX TRAVAUX NON INDUSTRIELS, ADOPTÉE PAR LA CONFÉRENCE GÉNÉRALE DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL À SA SEIZIÈME SESSION, GENÈVE, 30 AVRIL 1932, TELLE QU'ELLE A ÉTÉ MODIFIÉE PAR LA CONVENTION PORTANT RÉVISION DES ARTICLES FINALS, 1946<sup>1</sup>

---

## DÉNONCIATION

11 novembre 1996

ARGENTINE

(En vertu de la ratification de la Convention n° 138<sup>2</sup>, conformément à l'article 10. Avec effet au 11 novembre 1997.)

*La déclaration certifiée a été enregistrée par l'Organisation internationale du Travail le 8 décembre 1997.*

---

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 39, p. 133; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 1 à 5, 16, 19, et 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1417, 1505 et 1576.

<sup>2</sup> Voir p. 515 du présent volume.

No. 14862. CONVENTION (No. 138) CONCERNING MINIMUM AGE FOR ADMISSION TO EMPLOYMENT. ADOPTED BY THE GENERAL CONFERENCE OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION AT ITS FIFTY-EIGHTH SESSION, GENEVA, 26 JUNE 1973<sup>1</sup>

---

#### RATIFICATION

*Instrument registered with the Director-General of the International Labour Office on:*

11 November 1996

ARGENTINA

(With effect from 11 November 1997. Specifying that the minimum age for admission to employment is 14 years.)

*Certified statement was registered by the International Labour Organisation on 8 December 1997.*

---

---

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1015, p. 297; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 17 to 24, as well as annex A in volumes 1403, 1422, 1423, 1460, 1479, 1505, 1512, 1530, 1566, 1576, 1681, 1686, 1736, 1749, 1762, 1777, 1908, 1918, 1968 and 1990.